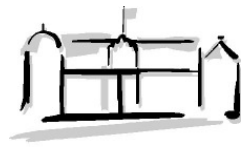


Stadt Celle



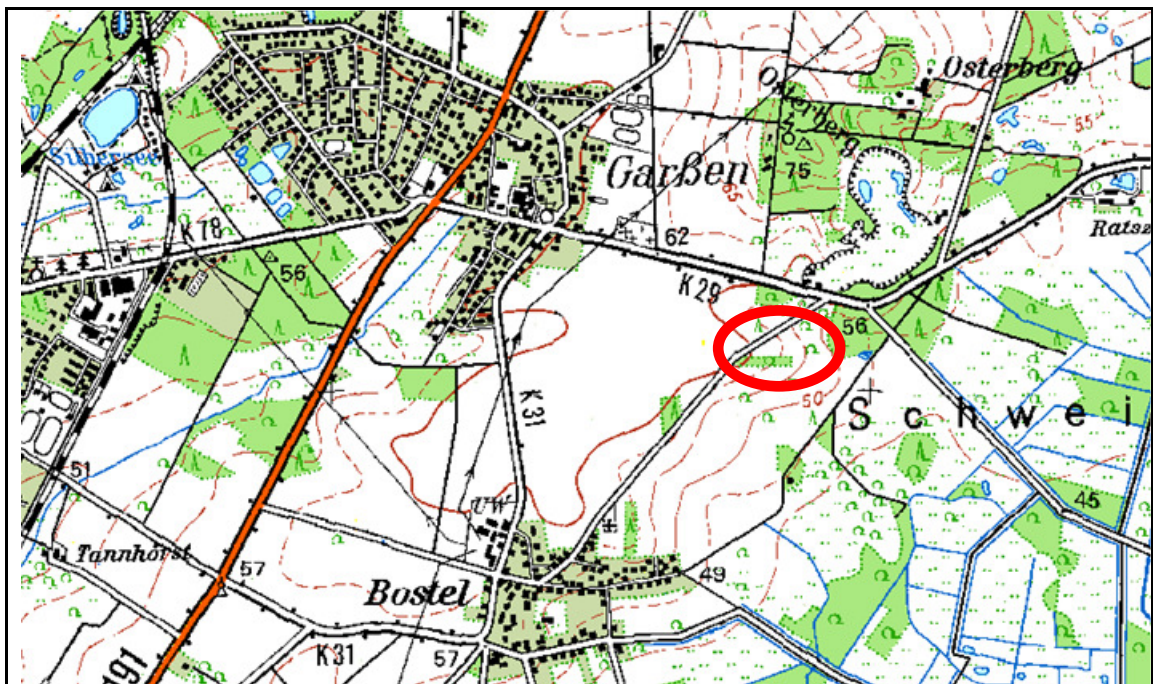
■ Residenzstadt
Celle

Vorhabenbezogener
Bebauungsplan Nr. 15

„Erweiterung der Biogasanlage Teilkamp“

zur **PLANURKUNDE** gehörig
Stadtentwicklungsplanung

Begründung



Übersicht

Stadt Celle – Der Oberbürgermeister
Fachbereich 3 – Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt
Fachdienst 60 – Stadtentwicklungsplanung

Tel. 0 51 41 / 12-0 · Fax 0 51 41 / 12-6 28
Am Französischen Garten 1 · 29221 Celle

Stand:
08.03.2011
(Satzung)

Planverfasser:

instara
Institut für Stadt- und Raumplanung
Prof. Dr. Hautau & Renneke GmbH
Vahrer Straße 180 28309 Bremen

Vorhaben-/Maßnahmenträger:

Agrar Energie Bostel GmbH & Co. KG
Thorsten Späth
Am Umspannwerk 9
29229 Celle-Bostel

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung.....	4
2	Geltungsbereich.....	5
2.1	Lage und Eingrenzung	5
2.2	Umgebung	5
2.3	Zugehörige Flächen und Eigentumsverhältnisse	5
3	Planerische Vorgaben.....	6
3.1	Landes- und Regionalplanung.....	6
3.2	Flächennutzungsplan der Stadt Celle	7
3.3	Bebauungspläne	8
3.4	Landschaftsplanung	8
3.5	Sonstiges Städtebaurecht	8
3.6	Satzungen nach Ortsrecht.....	8
3.7	Bauordnungsrecht.....	9
3.8	Natur- und Landschaftsschutz.....	9
3.9	Denkmalschutz.....	9
3.10	Festgestellte Vorhaben und Pläne anderer Planungsträger.....	9
4	Bestandsbeschreibung.....	9
4.1	Nutzung.....	9
4.2	Natur und Landschaft	9
4.3	Verkehr	10
4.4	Technische Infrastruktur	10
4.5	Immissionen	10
5	Anlass und Ziele der Planung	11
5.1	Veranlassung	11
5.2	Ziele und Zwecke (§ 2a Satz 2 Nr. 1 BauGB)	11
5.3	Erforderlichkeit (§ 1 Abs. 3 BauGB).....	11
5.4	Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan (§ 8 Abs. 2 BauGB)	11
5.5	Alternativenprüfung hinsichtlich der Standortwahl	12
6	Planinhalte.....	12
6.1	Städtebauliche Grundkonzeption	12
6.2	Art und Maß der baulichen Nutzung	13
6.3	Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen, Nebenanlagen	14
6.4	Verkehr	14
6.5	Gestaltung baulicher Anlagen	15
6.6	Technische Infrastruktur	15
6.7	Pflanzflächen und –maßnahmen / Wald	15
6.8	Eingriff in Natur und Landschaft / Landschaftsplanerische Festsetzungen	15
6.9	Immissionsschutz	16
6.10	Nachrichtliche Übernahmen (§ 9 Abs. 6 und 6a BauGB)	16
7	Umweltbericht	16
7.1	Einleitung	16
7.2	Ziele und Inhalt des Bebauungsplans.....	17
7.3	Ziele des Umweltschutzes.....	17
7.4	Umweltzustand.....	19
7.4.1	Zustand von Natur und Landschaft.....	19
7.4.1.1	Mensch	20
7.4.1.2	Pflanzen und Tiere	20
7.4.1.3	Boden	24
7.4.1.4	Wasser.....	25
7.4.1.5	Klima / Luft	25
7.4.1.6	Landschaftsbild	25

7.4.1.7	Biologische Vielfalt	26
7.4.1.8	Sonstige Sach- und Kulturgüter.....	26
7.4.1.9	Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern	26
7.4.2	Prognose der Umweltentwicklung sowie Darlegung von Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen (Eingriffsbilanz).....	27
7.4.2.1	Rechtliche Grundlagen.....	27
7.4.2.2	Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung	28
7.4.3	Voraussichtliche Beeinträchtigungen.....	29
7.4.3.1	Mensch	29
7.4.3.2	Pflanzen und Tiere	29
7.4.3.3	Boden	29
7.4.3.4	Wasser.....	30
7.4.3.5	Klima / Luft	30
7.4.3.6	Landschaftsbild	30
7.4.3.7	Biologische Vielfalt	30
7.4.4	Eingriffsbilanz.....	31
7.4.4.1	Zur Ermittlung des Kompensationsbedarfs.....	31
7.4.4.2	Kompensationsmaßnahmen.....	31
7.5	Alternative Planungsmöglichkeiten.....	34
7.6	Beschreibung der Umweltprüfung	34
7.7	Monitoring	34
7.8	Zusammenfassung.....	35
8	Auswirkungen der Planung	35
8.1	Auswirkungen auf den Verkehr	35
8.2	Folgekosten für Privatleute.....	35
9	Kosten und Finanzierung	35
9.1	Der Stadt entstehende Kosten	35
9.2	Art der Finanzierung.....	36
10	Realisierung	36
11	Verfahren	36
12	Rechtsgrundlagen.....	36

Anlage 1 - Städtebauliche Kenndaten und Flächenbilanz

Anlage 2 - Vorhaben- und Erschließungsplan

Anlage 3 - Vorhabenbeschreibung

Anlage 4 - Biotoptypenkarte

Anlage 5 - Pflanzschema

Anlage 6 - Grünordnungsplan

Anlage 7 - Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (SaP)

Anlage 8 - Erfassung der Biotoptypen, Brutvogel- und Fledermausvorkommen und Bewertung der Bedeutung der Fläche für die erfassten Artengruppen sowie des besonderen Artenschutzes im Bereich des VBB Celle Nr. 15 „Erweiterung der Biogasanlage Teilkamp“, Stadt Celle

1 Einführung

Im Celler Stadtteil Bostel, im Außenbereich zwischen der Ortschaft Bostel und dem Golfplatz, soll am Standort Teilkamp eine bereits vorhandene Biogasanlage erweitert werden. Vorgesehen ist eine Leistungssteigerung auf mehr als 0,5 MW elektrischer Leistung. Mit einer elektrischen Leistung von derzeit maximal 500 kW handelt es sich bei der bestehenden Biogasanlage gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 6d BauGB um eine privilegierte Nutzung im Außenbereich. Neben elektrischer Energie produziert das integrierte Blockheizkraftwerk (BHKW) auch Wärme, die einerseits zur Eigenversorgung der Anlage dient, andererseits zur Trocknung von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen vor Ort genutzt wird.

Seitens des Anlagenbetreibers wird ein Versorgungskonzept angestrebt, das die Weiterleitung des bei einer Anlagenerweiterung zusätzlich produzierten Gases an ein zusätzliches, externes BHKW vorsieht, um Strom und Wärme am Ort eines Verbrauchers, wie z. B. Wohnen, Gewerbe sowie öffentliche Einrichtungen bereitstellen zu können. Hierdurch wird der energetische Wirkungsgrad der Gesamtanlage weiter optimiert. Optional ist eine Gaseinspeisung in das öffentliche Netz möglich. Dabei wird das Gas am Anlagenstandort auf Erdgasqualität aufbereitet, so dass anschließend eine Einspeisung in das öffentliche Erdgasnetz erfolgen kann.

Unter Berücksichtigung der innerhalb des Geltungsbereiches geplanten Silagelagerflächen, welche im Vergleich zum derzeitigen Stand der Biogasanlage in der Endausbaustufe die Lagerung der nahezu dreifachen Rohstoffmenge ermöglicht (vgl. Ausschnitt aus dem Vorhaben- und Erschließungsplan in Anlage 2), kann zukünftig eine elektrische Leistung von ca. 1,5 MW erreicht werden. Dies ist jedoch ein Richtwert, der unterschritten-, aber auch überschritten werden kann. Dies hängt beispielsweise von der Realisierung der geplanten Baumaßnahmen sowie von zukünftigen technischen Entwicklungen ab, wodurch ggf. aus weniger Rohstoffen mehr Leistung erzielt werden kann.

Zur Umsetzung dieses klimafreundlichen Energiekonzepts sind folgende Schritte erforderlich:

- bauliche Erweiterung der Biogasanlage zur Erhöhung der Gasproduktion
- Errichtung eines eigenständigen externen Blockheizkraftwerks sowie
- Anlage einer Gastransportleitung zwischen der Biogasanlage und einem externen BHKW, um Gas und Wärme vor Ort bereitstellen zu können
- ggf. Anlegung einer Wärmeleitung
- ggf. Errichtung baulicher Anlagen zu Gasaufbereitung und -einleitung in das Erdgasnetz.

Der vorliegende Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 15 deckt einen Teil dieser Maßnahmen ab und schafft für diese die planungsrechtlichen Grundlagen. Die darüber hinausgehenden Maßnahmen sind zu gegebenem Zeitpunkt im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages zu regeln. An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass ein externes BHKW nur innerhalb des Plangebietes oder in einem Bereich, der gemäß § 34 BauGB dem Innenbereich zuzuordnen ist, zulässig ist.

Aufgrund der geplanten Größe der Gesamtanlage fällt diese nicht mehr unter den Typus des privilegierten Vorhabens im Sinne des § 35 BauGB. Als rechtliche Grundlage für die geplante Leistungssteigerung der Biogasanlage ist es daher erforderlich, über diesen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan eine entsprechende Sondergebietsausweisung vorzunehmen. Damit wird zur planungsrechtlichen Vorbereitung der verbindlichen Bauleitplanung die Änderung des Flächennutzungsplans notwendig, welche im Parallelverfahren erfolgt.

Mit der Aufstellung dieses Vorhabenbezogenen Bebauungsplans sowie der Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren kann der bereits bestehende Biogasanlagenstandort effektiver genutzt, gleichzeitig der Anteil erneuerbarer Energien in Celle gesteigert werden und die wirtschaftliche Sicherung der beteiligten Unternehmen erfolgen.

2 Geltungsbereich

2.1 Lage und Eingrenzung

Der Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 15 „Erweiterung der Biogasanlage Teilkamp“ befindet sich ca. 5,3 km nordöstlich des Celler Stadtzentrums im Ortsteil Bostel. Er ist nordöstlich von Bostel, östlich der Straße Teilkamp gelegen. Der Geltungsbereich umfasst ca. 3,4 ha. Die Lage des Plangebiets ergibt sich aus dem Standort der bestehenden Biogasanlage und ist der nachfolgenden Abbildung zu entnehmen.

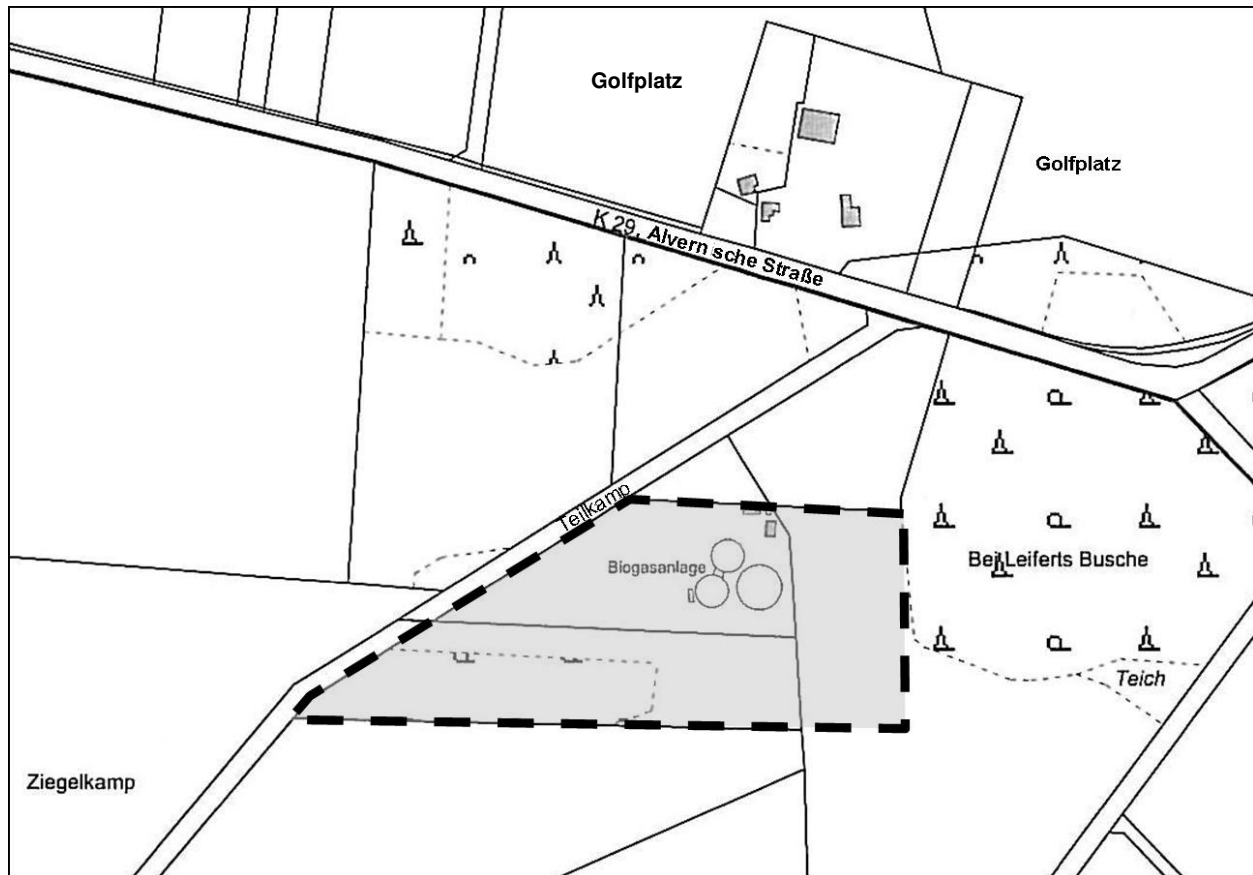


Abb. 1: Übersichtsplan Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 15 der Stadt Celle

2.2 Umgebung

Östlich an die bestehende Biogasanlage anschließend befindet sich ein Mischwald mit dem Namen „Bei Leiferts Busche“ sowie südlich davon in ca. 100 m Entfernung zum Geltungsbereich ein kleinerer Teich. Nördlich des Plangebiets verläuft die Alvernsche Straße (K 29, vgl. obige Abbildung), an deren Nordseite sich ein Golfplatz befindet. Dieser umschließt das Gelände eines Mörtelwerks, zu der die in der obigen Abbildung dargestellten Gebäude gehören.

Das Plangebiet liegt, entsprechend den Darstellungen des Flächennutzungsplans (vgl. Abb. 2), innerhalb landwirtschaftlicher Nutzflächen, die überwiegend intensiv als Ackerland genutzt werden. Als Eingrünung der Biogasanlage dienen bereits heute ein Eichenmischwäldchen im Südwesten des Geltungsbereichs sowie eine Heckenstruktur in Nord-Süd-Ausrichtung, entlang der Flurstücksgrenze zwischen der bestehenden Biogasanlage und der östlich angrenzenden Landwirtschaftsfläche, die als Erweiterungsfläche dienen soll. Des Weiteren besteht an der Straße Teilkamp Gehölzbewuchs und im südwestlichen Geltungsbereich eine Waldfläche.

2.3 Zugehörige Flächen und Eigentumsverhältnisse

Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um die Erweiterung einer bereits bestehenden Biogasanlage auf den Flurstücken 88/9 und 88/7 sowie 92/2, Flur 1 der Gemarkung Celle-Bostel.

Weitere Flächen sind nicht betroffen. Der Vorhabenträger ist gleichzeitig der Eigentümer der Flächen.

3 Planerische Vorgaben

3.1 Landes- und Regionalplanung

Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen 2008

Das Ziel, eine zusammenfassende Planung für den Planungsraum „Landkreis Celle“ zu erarbeiten und durch die Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen zu ordnen und zu sichern, hat auf der Grundlage des Landes-Raumordnungsprogramms des Landes Niedersachsen (LROP, Stand 2008) zu erfolgen. Die Zielvorgaben des Landes-Raumordnungsprogramms sind verbindlich und in nachgeordneten Planungen zu berücksichtigen.

Das LROP 2008 regt zu einer nachhaltigen räumlichen Entwicklung des Landes Niedersachsen und seiner Teilräume, als Voraussetzung für umweltgerechten Wohlstand auch für kommende Generationen, an. Durch koordiniertes Zusammenwirken des Landes und der Träger der Regionalplanung sollen die regionalspezifischen Entwicklungspotenziale ausgeschöpft und den Besonderheiten der teilräumlichen Entwicklung Rechnung getragen werden. Des Weiteren sollen Planungen und Maßnahmen zur Entwicklung der räumlichen Struktur des Landes zu nachhaltigem Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit beitragen (vgl. LROP, 1.1 01 + 02).

Bezüglich der ländlichen Regionen sagt das LROP aus, dass diese sowohl mit ihren gewerblich-industriellen Strukturen als auch als Lebens-, Wirtschafts- und Naturräume mit eigenem Profil erhalten und so weiterentwickelt werden sollen, dass sie zur Innovationsfähigkeit und internationalen Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft dauerhaft einen wesentlichen Beitrag leisten können (vgl. LROP, 1.1 07). Dabei sollen laut den Zielen und Grundsätzen zur Entwicklung der technischen Infrastruktur und der raumstrukturellen Standortpotenziale die Nutzung einheimischer Energieträger und erneuerbarer Energien unterstützt werden. Vorhandene Standorte, die bereits für die Energiegewinnung genutzt werden, sind vorrangig zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen (vgl. LROP, 4.2 01).

Regionales Raumordnungsprogramm für den Landkreis Celle 2005

Für die Bauleitplanung ist das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) für den Landkreis Celle aus dem Jahr 2005 unmittelbar zu berücksichtigen. Dieses wurde nach den Vorgaben des LROP Stand 1994 erstellt, welches jedoch inzwischen in der Neufassung von 2008 vorliegt.

Das RROP weist die Ortschaften Bostel sowie Garßen als **Standort mit der besonderen Entwicklungsaufgabe Ländliche Siedlung** aus, was auf eine regional bedeutsame Häufung von landwirtschaftlichen Betrieben hindeutet. Im RROP werden solche Standorte für Ländliche Siedlungen festgelegt, um unter anderem der Sicherung von regional bedeutsamen Häufungen von landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben in Ortslagen zu dienen (vgl. RROP, D 1.5 07).

Die Siedlungsentwicklung der Gemeinden hat darüber hinaus unter den folgenden Prämissen zu erfolgen:

- Die Zersiedlung der Landschaft ist zu verhindern (vgl. RROP, D 1.5 01).
- Die raumstrukturelle Eigenständigkeit von Siedlungsbereichen ist durch die Sicherung von angemessenen Freiräumen im Rahmen der Bauleitplanung zu gewährleisten (vgl. RROP, D 1.5 02).
- Die Siedlungsentwicklung ist an der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur auszurichten (vgl. RROP, D 3.6 01).

Unter dem Kapitel „Nutzung und Entwicklung natürlicher und raumstruktureller Standortvoraussetzungen“ schreibt das RROP des Weiteren vor, dass bei der Ausweisung und Erweiterung von Flächen für die gewerbliche Nutzung darauf zu achten ist, dass diese Flächen ökologischen und gestalterischen Anforderungen gerecht werden und neuartige wirtschaftliche Methoden

zum Einsatz von regenerativen Energien eingesetzt werden (vgl. RROP, D 3.0 01). Der Landkreis Celle unterstützt die Nutzung erneuerbarer Energiequellen (vgl. RROP, D 3.5 02).

In der zeichnerischen Darstellung des Regionalen-Raumordnungsprogramms des Landkreises ist der Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 15 als **Vorranggebiet für Trinkwassergewinnung** dargestellt. Nähere Ausführungen dazu macht der Textteil des RROP jedoch nicht. Des Weiteren ist der Geltungsbereich der vorliegenden Planung als **Vorsorgegebiet für Erholung** sowie als **Vorsorgegebiet für Natur und Landschaft** dargestellt.

Das Plangebiet befindet sich in der naturräumlichen Landschaftseinheit der Lüneburger Heide und grenzt mit der Ostseite an die naturräumliche Landschaftseinheit Wendland Weser-Aller-Flachland. Das östlich an das Plangebiet angrenzende Wäldchen „Bei Leiferts Busche“ gehört bereits zu der naturräumlichen Landschaftseinheit Wendland Weser-Aller-Flachland. Zu diesen naturräumlichen Landschaftseinheiten sagt das RROP aus, dass Kulturlandschaften, wie z. B. Heideflächen, erhalten und entwickelt werden sollen (vgl. RROP, D 2.1 09).

Unmittelbar östlich grenzt ein Vorsorgegebiet für Forstwirtschaft („Bei Leiferts Busche“) an das Plangebiet an. Das Wäldchen im Südwesten des Geltungsbereichs ist ebenfalls als Vorsorgegebiet für Forstwirtschaft dargestellt. Südlich des Plangebiets, in Richtung der Ortschaft Bostel, befindet sich ein Vorsorgegebiet für die Landwirtschaft. Dieses ist auf Grund des hohen, natürlichen, standortgebundenen landwirtschaftlichen Ertragspotenzials als solches ausgeschrieben. Der nördlich des Geltungsbereichs gelegene Golfplatz ist des Weiteren als regional bedeutsame Sportanlage dargestellt. Westlich der Straße Teilkamp befindet sich ein Gebiet zur Verbesserung der Landschaftsstruktur und des Naturhaushalts.

Demnach ist die vorliegende Planung der maßvollen Erweiterung einer bestehenden Biogasanlage mit den raumordnerischen Zielsetzungen vereinbar.

3.2 Flächennutzungsplan der Stadt Celle

Entsprechend dem Flächennutzungsplan der Stadt Celle, Stand 72. Änderung vom 17.03.2009, ist der Geltungsbereich der vorliegenden Änderung bisher als Fläche für die Landwirtschaft bzw. im Südwesten als Fläche für Wald dargestellt.

Die umgebenden Flächen sind ebenfalls überwiegend der Landwirtschaft vorbehalten. Östlich grenzt eine etwas größere Fläche für Wald an (Bei Leiferts Busche, vgl. auch Abb. 1). Eine weitere Waldfläche befindet sich entsprechend der Abbildung 2 nördlich des Geltungsbereichs, im Anschluss an die Straßenverkehrsfläche der Alvernsche Straße (K29). Diese Waldfläche wird allerdings teilweise von einem Mörtelwerk in Anspruch genommen, welches wiederum von einer ausgedehnten Grünfläche mit der Zweckbestimmung Golfplatz umgeben wird.

Südwestlich des Geltungsbereichs stellt der derzeit gültige Flächennutzungsplan der Stadt Celle eine Rekultivierungsfläche für den Naturschutz dar und südöstlich ist in einiger Entfernung die Abgrenzung eines Naturschutzgebiets erkennbar. Die ersten Flächen der Ortschaft Garßen im Nordwesten des Geltungsbereichs sind als Grünflächen mit der Zweckbestimmung Friedhof sowie Festplatz und Schießstand dargestellt. Daran schließen sich gemischte Bauflächen an. In diesem Bereich ist auch eine oberirdische Stromleitung von 110 kV verzeichnet, umgeben von einem Schutzstreifen für Hochspannungsleitungen.

Das Plangebiet liegt nach den Darstellungen des Flächennutzungsplans in den Wasserschutzzonen IIIB Garßen sowie IIIA Bostel. In den Verordnungen über die Wasserschutzzgebiete Garßen und Bostel sind im Detail Handlungen formuliert, welche in diesen Wasserschutzzonen verboten oder nur beschränkt zulässig sind, so dass die Nutzungen in den Wasserschutzzonen nach diesen Maßgaben zu genehmigen sind. Da es sich in dem vorliegenden Fall um eine bestehende Biogasanlage handelt, ist davon auszugehen, dass die Prüfung der Einhaltung dieser Verordnungen bereits im Rahmen der Betriebsgenehmigung erfolgte. Damit sind durch die Anlagenerweiterung keine negativen Auswirkungen auf die betreffenden Wasserschutzzonen zu erwarten.

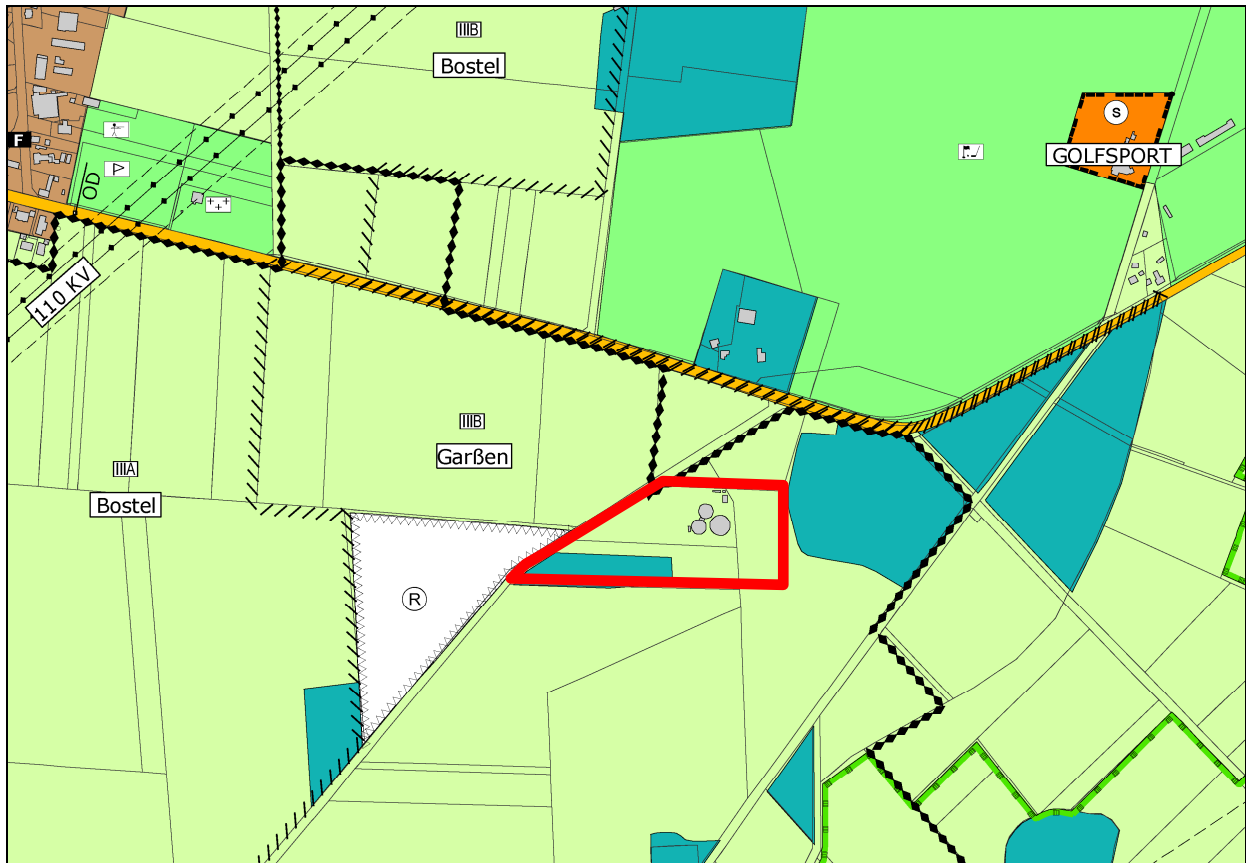


Abb. 2: Ausschnitt aus dem aktuellen Flächennutzungsplan der Stadt Celle

Die 80. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle (Darstellung einer Sonderbaufläche Biogasanlage sowie einer Fläche für Wald) wird parallel zu dem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 15 „Erweiterung der Biogasanlage Teilkamp“ durchgeführt, um dem „Entwicklungsgebot“ (Übereinstimmung zwischen vorbereitender und verbindlicher Bauleitplanung) gemäß § 8 Abs. 2 BauGB nachzukommen.

3.3 Bebauungspläne

Bebauungspläne, die bei der vorliegenden Planung zu berücksichtigen wären, liegen nicht vor.

3.4 Landschaftsplanung

Die detaillierten Aussagen des in Aufstellung befindlichen Landschaftsrahmenplans der Stadt Celle, sowie des Landschaftsplans der Stadt Celle werden im Umweltbericht wiedergegeben.

3.5 Sonstiges Städtebaurecht

Außenbereich nach § 35 BauGB

Die Genehmigung der bestehenden Biogasanlage erfolgte auf Grundlage des § 35 Abs. 1 Nr. 6 BauGB (max. 500 kW installierte elektrische Leistung). Es bestehen für den Geltungsbereich kein Bebauungsplan und auch keine Außenbereichssatzung. Aufgrund der vorgesehenen Leistungssteigerung wäre die Anlage nach Umsetzung der Planung nicht mehr den privilegierten Vorhaben im Außenbereich zuzuordnen, so dass der vorliegende Vorhabenbezogene Bebauungsplan erforderlich ist.

3.6 Satzungen nach Ortsrecht

Satzungen nach Ortsrecht bestehen für den vorliegenden Bereich der Stadt Celle nicht.

3.7 Bauordnungsrecht

Für die bestehende Biogasanlage liegt eine Genehmigung des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamts Celle vom 19.09.2005 vor.

3.8 Natur- und Landschaftsschutz

Die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes werden im Umweltbericht dieser Begründung (vgl. Kap. 7.3) eingehend erörtert.

3.9 Denkmalschutz

Kulturdenkmäler gemäß § 3 NDSchG sind nach derzeitigem Kenntnisstand im Geltungsbereich des vorliegenden Vorhabenbezogenen Bebauungsplans nicht vorhanden.

3.10 Festgestellte Vorhaben und Pläne anderer Planungsträger

Es liegen bislang keine festgestellten Vorhaben und Pläne anderer Planungsträger vor.

4 Bestandsbeschreibung

4.1 Nutzung

Bauliche Nutzung

Der im Plangebiet vorhandene bauliche Bestand dient der Unterbringung von Anlagen und Einrichtungen zur energetischen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen (NawaRo) sowie von Abstellflächen für Fahrzeuge und Maschinen, die dem Betrieb der Anlage dienen. Die Leistung der Anlage liegt derzeit bei 0,5 MW elektrisch, die Höhen der baulichen Anlagen liegen bisher bei maximal 13,5 m.

Die Anlage umfasst derzeit einen Fermenter, einen Nachgärer, ein Gärproduktlager, einen Feststoffeintrag, zwei Blockheizkraftwerke, eine Siloplatte, einen Heizöl-Lagertank, ein Regenrückhaltebecken, Fahrwege sowie eine Trocknungsanlage. Neben der Produktion von elektrischer Energie wird die anfallende Wärme zur Eigenversorgung des Fermenters und zur Trocknung land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen genutzt.

4.2 Natur und Landschaft

Naturräumliche Gliederung

Laut dem in Aufstellung befindlichen Landschaftsrahmenplan (LRP) der Stadt Celle befindet sich der Geltungsbereich der vorliegenden Planung auf der Grenze zweier naturräumlichen Einheiten. Der westliche Teil des Geltungsbereichs befindet sich im Bereich der *Südheide* und dort in der naturräumlichen Einheit der *Arloher Sandplatten*. Diese besteht aus einem vorwiegend sandigen, schwach welligen Grundmoränenplateau und im südlichen Bereich aus höheren Geschiebemergel- und -lehmbestandteilen. Auch Heiderestflächen und Moore sind in diesen Bereichen anzutreffen. Der überwiegende Teil der Moore wurde entwässert, kultiviert und heute als Grünland- und Ackerflächen genutzt. Bereiche, die lehmigere Böden aufweisen und daher eine höhere Bodenfruchtbarkeit besitzen, werden ackerbaulich genutzt.

Der östliche Teil des Geltungsbereichs befindet sich im Bereich der *Oberen Allerniederung* und dort in der naturräumlichen Einheit des *Lachendorfer Bruch- und Sandgebiets*. Für dieses ist der Wechsel zwischen grundwassernahen, niedermoorreichen Bruchgebieten und flach gewölbten, vorwiegend trockenen Sandplatten prägend. Die Landschaft ist darüber hinaus geprägt von Grünlandflächen, die durch zahlreiche Gräben kleinräumig unterteilt werden und zusammenhängenden forstwirtschaftlich genutzten Flächen. Heute werden die Flächen entwässert und weitgehend intensiv ackerbaulich genutzt. Der Grünland- und Feuchtgrünlandanteil ist weit zurückgegangen.

Landschaftsbild

Der vorliegende Bereich befindet sich laut dem in Aufstellung befindlichen LRP der Stadt Celle in einer Landschaftsbildeinheit von mittlerer Bedeutung. Laut LRP-Entwurf ist der entsprechende Landschaftsbildraum durch große Ackerflächen, in tiefer liegenden Bereichen durch beweidetes Grünland sowie Einzelbäume, Hecken und Feldholzinseln geprägt. Das Leitbild Landschaftsbildraum des LRP-Entwurfs gibt eine Gliederung der Ackerflächen durch strukturreiche Hochstaudensäume vor. Des Weiteren haben extensiv bewirtschaftete Ackerrandstreifen vielfältige Blühaspekte zu zeigen und das Grünland ist extensiv zu nutzen und nicht zu entwässern.

Klimatische Bedingungen

Der Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 15 „Erweiterung der Biogasanlage Teilkamp“ befindet sich in einem Freilandklimatop mit einem ungestörten, stark ausgeprägten Tagesgang von Temperatur und Feuchte. Dieser Bereich ist windoffen und weist damit eine hohe Frisch- und Kaltluftproduktion auf.

Boden

Der Bodenkarte für Niedersachsen¹ ist zu entnehmen, dass sich im Plangebiet sandige Böden befinden. Ergänzend dazu ist der westliche Teil des Geltungsbereichs im Entwurf des LRPs der Stadt Celle in der Klassifizierung der Böden mit besonderen Standorteigenschaften (Extremstandorte) als nährstoffarme Standorte dargestellt. Die Randbereiche des östlich gelegenen Wäldchens (Bei Leiferts Busche) werden als Biotoptypen extremer Standorte dargestellt.

Grundwasser / Hydrologie

Bedingt durch die anstehenden sandigen Böden (Podsole) und die damit verbundene vergleichsweise hohe Versickerungsrate des Niederschlagswassers, ist der Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 15 „Erweiterung der Biogasanlage Teilkamp“ im LRP-Entwurf im Bereich der offenen Böden, d. h. ohne größeren Bewuchs, mit einer hohen Nitratauswaschungsgefährdung gekennzeichnet.

Potenziell natürliche Vegetation

Als heutige potenziell natürliche Vegetation für das Plangebiet gibt der LRP-Entwurf trockenem bis frischem Drahtschmielen-Buchenwald des Tieflands an. Im nördlichen Bereich sowie östlich angrenzend an das Plangebiet ist als potenziell natürliche Vegetation ein frischer bis feuchter Drahtschmielen-Buchenwald des Tieflands angegeben.

4.3 Verkehr

Die Erschließung des Plangebiets erfolgt von der Westseite aus, über bereits bestehende Zufahrten von der Straße Teilkamp.

4.4 Technische Infrastruktur

Die Ver- und Entsorgung ist durch die bestehenden Einrichtungen und dem damit gegebenen Anschluss an bestehende Leitungen gesichert.

Auf Grund der besonderen Nutzung des Standorts als Biogasanlage ist die Abnahme der erzeugten elektrischen Energie durch Netzeinspeisung bereits gewährleistet.

4.5 Immissionen

Die Belange des Immissionsschutzes wurden im Zuge der Genehmigung der bestehenden Anlage geprüft, wonach zu berücksichtigen ist, dass sämtliche lärmrelevante Anlagenteile so zu errichten und zu betreiben sind, dass der Stand der Lärminderungstechnik eingehalten wird und in den Geräuschemissionen weder schädlich noch deutlich wahrnehmbare Einzeltöne auftreten. Des Weiteren sind entsprechend der Genehmigung aus dem Jahr 2005 die Lagerbehäl-

¹ Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung (1997): Bodenkarte für Niedersachsen. Hannover.

ter mit einer gasdichten Abdeckung zu versehen und die Anlage insgesamt sauber (besenrein) zu halten, um Emissionen zu vermeiden.

5 Anlass und Ziele der Planung

5.1 Veranlassung

Anlass zur Aufstellung dieses Vorhabenbezogenen Bebauungsplans ist die geplante Erweiterung der am Standort Teilkamp in Bostel bestehenden Biogasanlage. Vorgesehen ist eine Leistungssteigerung auf mehr als 0,5 MW elektrischer Leistung. Damit sind die planungsrechtlichen Voraussetzungen einer „Privilegierung“ des Vorhabens im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 6d BauGB nicht mehr gegeben, weshalb eine verbindliche Bauleitplanung notwendig ist.

Unter Berücksichtigung der innerhalb des Geltungsbereiches geplanten Silagelagerflächen, welche im Vergleich zum derzeitigen Stand der Biogasanlage in der Endausbaustufe die Lagerung der nahezu dreifachen Rohstoffmenge ermöglicht (vgl. Ausschnitt aus dem Vorhaben- und Erschließungsplan in Anlage 2), kann zukünftig eine elektrische Leistung von ca. 1,5 MW erreicht werden. Dies ist jedoch ein Richtwert, der unterschritten-, aber auch überschritten werden kann. Dies hängt beispielsweise von der Realisierung der geplanten Baumaßnahmen sowie von zukünftigen technischen Entwicklungen ab, wodurch ggf. aus weniger Rohstoffen mehr Leistung erzielt werden kann.

5.2 Ziele und Zwecke (§ 2a Satz 2 Nr. 1 BauGB)

Derzeit produziert das in die bestehende Biogasanlage integrierte Blockheizkraftwerk neben elektrischer Energie auch Wärme. Diese dient einerseits zur Eigenversorgung des Fermenters, andererseits zur Trocknung von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen vor Ort.

Mit der Anlagenerweiterung auf mehr als 0,5 MW elektrischer Leistung wird seitens des Anlagenbetreibers ein Versorgungskonzept angestrebt, das die Weiterleitung des bei der geplanten Anlagenerweiterung zusätzlich produzierten Gases an ein weiteres, externes BHKW vorsieht. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass mittels der geplanten Lieferung von Gas und der Errichtung dieses zusätzlichen Blockheizkraftwerks Strom und Wärme direkt beim Verbraucher erzeugt werden können. Optional ist die Gaseinspeisung in das öffentliche Netz möglich. Dabei wird das Gas am Anlagenstandort auf Erdgasqualität aufbereitet, so dass anschließend die Einspeisung in das öffentliche Erdgasnetz erfolgen kann.

Mit der Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplans soll demnach der bereits bestehende Biogasanlagenstandort effektiver genutzt und gleichzeitig der Anteil erneuerbarer Energien in Celle gesteigert werden. Zudem trägt die Planung zur wirtschaftlichen Sicherung des beteiligten Betriebs bei.

5.3 Erforderlichkeit (§ 1 Abs. 3 BauGB)

Aufgrund der geplanten Gesamtgröße fällt das Erweiterungsvorhaben nicht mehr unter den Typus des privilegierten Vorhabens im Sinne der Außenbereichstatbestände nach § 35 BauGB. Als planungsrechtliche Grundlage für die geplante Leistungssteigerung der Biogasanlage ist es erforderlich, eine Bauleitplanung durchzuführen. Die Stadt Celle stellt daher den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan auf und führt im Parallelverfahren die 80. Änderung des Flächennutzungsplans durch.

5.4 Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan (§ 8 Abs. 2 BauGB)

Als vorbereitende Bauleitplanung liegt der aktuell wirksame Flächennutzungsplan der Stadt Celle vor. Dieser stellt den Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans als Fläche für die Landwirtschaft bzw. als Fläche für Wald dar.

Da der Vorhabenbezogene Bebauungsplan damit, abgesehen von der Fläche für Wald, nicht der aktuellen Darstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle entspricht, wird parallel die

80. Änderung des Flächennutzungsplans (Darstellung einer Sonderbaufläche „Biogasanlage“) durchgeführt. Die erforderliche Übereinstimmung zwischen vorbereitender und verbindlicher Bauleitplanung gemäß § 8 Abs. 2 BauGB ist somit sichergestellt.

5.5 Alternativenprüfung hinsichtlich der Standortwahl

Alternativ zu der geplanten Erweiterung der bestehenden Biogasanlage wäre ein weiterer Biogasanlagenstandort zu entwickeln. Da dies jedoch durch den mit dem erforderlichen Neubau von Anlagenteilen, Fahrwegen u. ä. zusätzliche Flächenversiegelungen sowie Eingriffe in Natur und Landschaft verursachen würde, ist dies unbedingt zu vermeiden. Die Inanspruchnahme zusätzlicher unverbauter Außenbereichsflächen ist zu vermeiden.

Zudem handelt es sich bei dem vorliegenden Vorhaben um die Leistungssteigerung der am Standort bestehenden Biogasanlage, die technisch bedingt ausschließlich an dem vorhandenen Betriebsstandort durchführbar ist.

Eine tragbare Alternativplanung ist somit nicht realistisch, da diese in jedem Fall mit zusätzlichen Flächenversiegelungen und damit Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden wäre.

6 Planinhalte

Bestandteil des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 15 ist der Vorhaben- und Erschließungsplan. Dieser wird um weitere Festsetzungen in der Planzeichnung des Bebauungsplans ergänzt, sofern die städtebauliche Situation oder der angemessene Umgang mit Natur und Landschaft dies erfordern.

6.1 Städtebauliche Grundkonzeption

Zur Umsetzung des klimafreundlichen Energiekonzepts der Erzeugung von Strom und Wärme direkt beim Verbraucher sowie der Gasaufbereitung und -einspeisung sind folgende Schritte erforderlich:

- bauliche Erweiterung der Biogasanlage zur Erhöhung der Gasproduktion,
- Errichtung eines eigenständigen externen Blockheizkraftwerks sowie
- Anlage einer Gastransportleitung zwischen der Biogasanlage und einem externen BHKW, um Gas und Wärme vor Ort bereitstellen zu können
- ggf. Anlegung einer Wärmeleitung
- ggf. Errichtung baulicher Anlagen zu Gasaufbereitung und -einleitung in das Erdgasnetz.

Der vorliegende Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 15 deckt einen Teil dieser Maßnahmen ab und schafft für diese die planungsrechtlichen Grundlagen. Die darüber hinausgehenden Maßnahmen sind zu gegebenem Zeitpunkt im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages zu regeln. An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass ein externes BHKW nur innerhalb des Plangebietes oder in einem Bereich, der gemäß § 34 BauGB dem Innenbereich zuzuordnen ist, zulässig ist.

Die bauliche Erweiterung der Biogasanlage umfasst die Vergrößerung der vorhandenen Silofläche sowie die Einrichtung einer zusätzlichen Silagelagerfläche. Des Weiteren ist die Einrichtung zweier zusätzlicher Gärproduktlager, einer Vorgrube, eines zweiten Feststoffeintrags sowie einer Lagerhalle und einer Biogasaufbereitungsanlage geplant. Zusammen mit den vorhandenen Anlagen wären demnach die Voraussetzungen geschaffen, die Leistungssteigerung der Gesamtanlage zu erzielen.

Zu diesem Zweck werden die baulichen Erweiterungen der bestehenden Biogasanlage im Zuge des vorliegenden Vorhabenbezogenen Bebauungsplans geregelt, wobei sich die zulässigen baulichen Anlagen aus dem Vorhaben- und Erschließungsplan ergeben. Dieser ist Bestandteil des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 15.

Gegebenenfalls später erforderliche Gastransportleitungen zwischen der Biogasanlage und dem externen BHKW werden Gegenstand eines Nutzungsvertrages zwischen dem Anlagenbetreiber und der Stadt Celle sein.

6.2 Art und Maß der baulichen Nutzung

Die Art der baulichen Nutzung ergibt sich aus dem Planungsanlass, der bereits in Kapitel 5.1 näher beschrieben wurde. Demnach soll die bestehende Biogasanlage am Standort Teilkamp erweitert werden. Diese erzeugt, und dies soll auch weiterhin der Fall sein, ausschließlich Energie aus nachwachsenden Rohstoffen und Gülle (NawaRo) im Sinne des § 27 Abs. 4 Nr. 2 in Verbindung mit Anlage 2 Nr. II des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG), Stand 25.10.2008, zuletzt geändert am 11. August 2010 (BGBl. I S. 1170) . Dementsprechend sind in dem Sondergebiet „Biogasanlage“ auch nur solche Einrichtungen und Anlagen zulässig, die diesem Zweck dienen sowie Anlagen zur Gasaufbereitung und Anlagen zur Verwertung und Weiterleitung von Wärme, die durch den Betrieb der Biogasanlage anfällt. Des Weiteren sind innerhalb der festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche Betriebsflächen und Fahrwege zulässig sowie Abstellflächen für Fahrzeuge und Maschinen, die dem Betrieb der Anlage dienen.

Da es sich bei der vorliegenden Planung um einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt, ergeben sich die zulässigen baulichen Anlagen aus dem Vorhaben- und Erschließungsplan, in welchem die baulichen Anlagen mit ihren entsprechenden Maximalmaßen festgelegt sind. Ergänzend ist das Vorhaben in der Vorhabenbeschreibung (s. Anlage 3) näher erläutert. Eine Besonderheit ist, dass im Bereich der südlich der bestehenden Behälter vorgesehenen Siloplatte alternativ ein weiteres Gärproduktlager entstehen kann (siehe Anlage 2).

Das Maß der baulichen Nutzung wird bestimmt durch die im Vorhaben- und Erschließungsplan eingetragenen maximal zulässigen Grundflächen der bestehenden und geplanten baulichen Anlagen. Die Grundflächenzahl (GRZ) errechnet sich aus der Summe der bereits bestehenden sowie der, entsprechend dem Vorhaben- und Erschließungsplan, zukünftig zulässigen versiegelten Flächen. Diese Summe wird dann mit der Gesamtfläche des Sondergebiets ins Verhältnis gesetzt. Um darüber hinaus die innere Erschließung des Sondergebiets zu gewährleisten, ist eine Überschreitung durch Zufahrten, innere Erschließungswege, Abstellflächen und sonstige für den Betrieb erforderliche Nebenanlagen bis zu einer GRZ von 0,56 zulässig.

Zur Berücksichtigung des Landschaftsbilds, welches durch den Standort der Biogasanlage tangiert ist, werden die maximal zulässigen Höhen baulicher Anlagen auf die im Vorhaben- und Erschließungsplan festgelegten Höhen (Angabe H) begrenzt. Diese liegen bei maximal 18 m (Gärproduktlager neu). Überschreitungen sind nur um maximal 0,5 m zulässig. Bezugspunkt ist der in dem westlichen Erschließungsweg festgelegte Höhenfestpunkt (56,78 m ü. NN).

Für die Silagelagerfläche soll keine separate höhenmäßige Beschränkung erfolgen, um ihre optimale Ausnutzung an diesem Standort zu ermöglichen und damit weitere Lagerflächen solcher Art an anderen Standorten im Außenbereich zu vermeiden. Es ist zu berücksichtigen, dass der Vorhabenbezogene Bebauungsplan für die Anlagenbehälter bereits die maximale Höhe mit 18 m (s. o.) regelt. Diese sind durch andere bauliche Anlagen nicht zu überragen. Die Siloflächen werden bereits aus statischen Gründen deutlich unter dieser Höhe bleiben.

Zudem ist bereits eine Eingrünung der bestehenden Anlagenteile nach Westen durch einen zum Teil bepflanzten Wall (Gegenstand der Anlagengenehmigung aus dem Jahr 2005) sowie nach Südwesten und Osten durch die bestehenden Waldflächen gegeben. Diese Eingrünung wird im Osten des Geltungsbereichs, im Bereich der umfassendsten Erweiterungen, durch einen 5 m breiten Pflanzstreifen, im Südosten und Nordosten durch einen 10 m breiten Pflanzstreifen ergänzt. In diesem wird wiederum der Havariewall liegen, so dass mit dessen Bewuchs zukünftig eine optische Eingrünung der Anlagenerweiterung erfolgt, und die negativen visuellen Auswirkungen auf das Landschaftsbild nur geringfügig sind.

6.3 Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen, Nebenanlagen

Aufgrund der „Besonderheit“ des Planinhalts wird auf die Festsetzung einer Bauweise verzichtet, diese ergibt sich aus dem Vorhaben- und Erschließungsplan.

Allerdings wird festgelegt, dass bauliche Anlagen (einschließlich Garagen und Nebenanlagen) nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig sind. Diese wird durch die Baugrenze festgelegt.

Darüber hinausgehend wird im Vorhaben- und Erschließungsplan ein Abstand von 30 m um die Waldfläche im Südwesten des Geltungsbereiches definiert, in dem als bauliche Anlagen nur Silagelagerflächen und Fahrwege / Betriebsflächen zulässig sind.

Anlagen zur ordnungsgemäßen Oberflächenentwässerung und Grundstückseinfriedung sind von der Regelung ausgenommen. Damit wird eine effektive Freihaltung der für die Eingrünung und Versickerung relevanten Flächen erreicht.

6.4 Verkehr

Einbindung und äußere Erschließung

Die Erschließung des Plangebiets erfolgt im Westen mittels Zufahrten über die Straße Teilkamp. Die Zu- und Ausfahrten sind in der Planzeichnung entsprechend zeichnerisch festgesetzt und nur in diesen Bereichen zulässig.

Durch die Anlagenerweiterung erfolgt eine Leistungssteigerung, welche eine größere Substratmenge für den Betrieb der Anlage erforderlich macht. Somit kommt es temporär zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen um den Anlagenstandort. Die Erschließungsstraße ist mit einer bituminösen Deckschicht versehen und weist einen hinreichenden Ausbauzustand auf, um das temporär höhere Verkehrsaufkommen aufnehmen zu können. Gleiches gilt für das umliegende, weiterführende Straßennetz.

Auf den Erschließungswegen Teilkamp (westlich) und Alvernsche Straße (nördlich) kann, speziell bei erhöhten Ernteverkehren, durch auftretenden Begegnungsverkehr ein Ausweichen in den Straßenrandbereich erforderlich sein und dadurch Schäden am Bankett verursacht werden. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass diese Wirtschaftswege bereits heute von landwirtschaftlichen Verkehren beansprucht werden und es daher auch ohne den zusätzlichen Verkehr zu der Biogasanlage zu Begegnungsverkehren und Schäden im Straßenseitenraum kommen kann.

Um Ausbesserungsarbeiten von durch anlagenbezogenen Verkehr verursachten Straßenschäden und damit den Zustandserhalt der Erschließungsstraßen zu gewährleisten, werden entsprechende Vereinbarungen zwischen der Stadt Celle und dem Vorhabenträger im Durchführungsvertrag zu diesem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan geregelt. Damit sind die Belange des Verkehrs nicht negativ betroffen.

Innere Erschließung

Die innere Erschließung wird nahezu unverändert bestehen bleiben, da die bestehenden Fahrwege auch nach der Erweiterung genutzt werden können. Ergänzungen dieser inneren Erschließungswege sind lediglich im Osten des Plangebiets im Bereich der geplanten Behälter sowie der Biogasaufbereitung vorgesehen. Die damit verbundenen zusätzlichen Versiegelungen werden im Rahmen der Eingriffs-Ausgleichs-Betrachtung im Umweltbericht berücksichtigt und entsprechend ausgeglichen.

Anforderungen des Brandschutzes

Die Belange des Brandschutzes sind Gegenstand der Ausführungsplanung.

Im Bestand ist der Brandschutz gesichert, so dass für die Erweiterung keine weiteren Festsetzungen nötig sind.

6.5 Gestaltung baulicher Anlagen

Zum Zwecke der Minimierung von Eingriffen in das Landschaftsbild wird die Gestaltung der baulichen Anlagen hinsichtlich der Farbgestaltung reglementiert. Demnach hat die Farbgebung aller Außenwände sämtlicher baulicher Anlagen, inklusive der Gär- und Lagerbehälter, in gedeckten, nicht glänzenden Grüntönen zu erfolgen. Die Dachflächen sämtlicher baulicher Anlagen, inklusive der Gär- und Lagerbehälter, sind in gedeckten, nicht glänzenden Brauntönen oder in gedeckten, nicht glänzenden Grüntönen auszuführen. Untergeordnete Bauteile, wie beispielsweise Abluftrohre, sind davon ausgenommen.

Durch diese verbindlich festgesetzte Farbgestaltung wird erreicht, dass diese, als für das Orts- und Landschaftsbild maßgeblichen Anlagen, sich an den Bestand anpassen, nicht in auffälliger und glänzender Farbgebung gestaltet werden können und sich damit bestmöglich in das Landschaftsbild einfügen.

6.6 Technische Infrastruktur

Die Ver- und Entsorgung ist problemlos möglich, da die Anlagenerweiterungen an die bestehenden Leitungen angeschlossen werden können.

Ein Anschluss an einen Schmutzwasserkanal o. ä. ist nicht erforderlich, da im Produktionsprozess der Biogasanlage bisher keine Abwässer anfallen und auch keine weiteren Anlagen oder Einrichtungen geplant sind, die solches erfordern würden.

Das anfallende Niederschlagswasser wird zukünftig dem im Osten, am niedrigsten Punkt des Geltungsbereichs geplanten Regenrückhaltebecken zugeführt und dort versickert, da das bestehende Regenrückhaltebecken überplant wird. Das im Bereich der Anschnittflächen auftretende und durch Silagesäfte verunreinigte Niederschlagswasser wird der Biogasanlage (Fermenter) zugeführt, so dass sich diesbezüglich ebenfalls keine negativen Auswirkungen auf die Oberflächenentwässerung ergeben.

6.7 Pflanzflächen und –maßnahmen / Wald

Zur Eingrünung der Biogasanlage und damit zur optischen Abschirmung existieren entsprechend der Genehmigung zu der bestehenden Anlage um diese herum bereits Pflanzflächen, welche zum Teil auf einem Wall stocken. Diese Pflanzflächen werden als **Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern** erhalten und im Nordosten, Osten und Südosten ergänzt.

Die Flächen sind spätestens in der auf die Inbetriebnahme der Anlagenerweiterung folgenden Pflanzperiode durch den Vorhabenträger mit standortgerechten, heimischen Gehölzen zu bepflanzen. Dabei ist ausschließlich Pflanzgut aus forstlich zertifiziertem Saatgut regionaler Herkunft zu verwenden. Die angepflanzten Gehölze sind auf Dauer zu erhalten, in ihrem natürlichen Wuchshabitus, insbesondere ohne Rückschnitt zu entwickeln und bei Abgang gleichartig und gleichwertig an ungefähr gleicher Stelle zu ersetzen. Innerhalb der Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind Wälle mit einer maximalen Höhe von 1,5 m zulässig. Nähere Ausführungen sind außerdem dem Umweltbericht (vgl. Kap. 7) sowie dem Pflanzschema (vgl. Anlage 5) zu entnehmen.

Im Südwesten wird eine umfassende Eingrünung und Abgrenzung gegenüber der offenen Landschaft durch das bestehende Wäldchen erreicht. Um dies weiterhin zu gewährleisten, wird dieses erhalten und als **Fläche für Wald** festgesetzt.

Zudem sind die Auflagen zu der Bepflanzung aus der Genehmigung der bestehenden Biogasanlage zu berücksichtigen, welche den o. g. Festsetzungen zu Grunde liegen. Dies betrifft z. B. die zu pflanzenden Arten sowie deren Pflanzqualität und den Pflanzzeitraum.

6.8 Eingriff in Natur und Landschaft / Landschaftsplanerische Festsetzungen

Auf Grundlage der im Umweltbericht (vgl. Kap. 7) enthaltenen Eingriffsbilanz wurden Festsetzungen über das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern getroffen. Mit Hilfe dieser Maßnah-

men werden die durch die Anlagenerweiterung verursachten Auswirkungen auf Natur und Landschaft teilweise kompensiert.

Ein weiterer Ausgleich wird auf einer externen Fläche geleistet. Diese Fläche in der Gemarkung Habighorst, Flur 4, Flurstück 48/1 liegt etwa 10 km nördlich der Biogasanlage und verfügt über eine Größe von ca. 40 ha, wobei aktuell etwa 30 ha mit einer Kiefernmonokultur bestanden sind. Da diese externe Kompensationsfläche damit jedoch außerhalb des Gebiets der Stadt Celle liegt, kann diese externe Ausgleichsfläche im Vorhabenbezogenen Bebauungsplan nicht festgesetzt werden. Die Umsetzung und der Erhalt der Maßnahme sowie das zugehörige Monitoring (Kontrolle der Durchführung, des Anwuchses und der Zielerreichung) werden über den Durchführungsvertrag zu diesem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan gesichert.

Sollte sich entgegen der derzeitigen Berechnungen ein weiterer Kompensationsbedarf ergeben, stehen auf der externen Kompensationsfläche weitere Flächen in einer Größenordnung von ca. 25 ha zur Verfügung.

6.9 Immissionsschutz

Da Biogasanlagen durch den nahezu vollständig abgedichteten Gärvorgang üblicherweise emissionsarm sind, ist davon auszugehen, dass dies auch bei einer Anlagenerweiterung weiterhin der Fall ist. Um einen Austritt von Gasen aus dem geschlossenen System der Biogas-Entstehung zu vermeiden, müssen entsprechende Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden.

Zu diesem Zweck ist es für die Genehmigung der Biogasanlagenerweiterung zwingend erforderlich, ein Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) durch die zuständige Fachbehörde durchzuführen. So wird sichergestellt, dass der Aspekt der betriebsbezogenen Immissionen ordnungsgemäß abgehandelt wird und die Vereinbarkeit der Anlage mit den Nutzungen in ihrer Umgebung geprüft und sichergestellt wird.

Es sind Geruchsemissionen im ordnungsgemäßen Betrieb einer solchen Anlage prinzipiell bei der Rohstoffanlieferung und -zwischenlagerung, der Substratzuführung und dem Substratabzug (Schnittfläche der Silage) sowie durch Motorenabgase zu erwarten.

Überdies befindet sich die bestehende Biogasanlage in einem nahezu ausschließlich landwirtschaftlich genutzten Bereich, so dass emissionsbedingt Konflikte mit angrenzenden Nutzungen wie Wohnen oder Gewerbe nicht zu erwarten sind. Dies bestätigt sich durch den problemlosen Betriebsablauf in der Vergangenheit.

Mit der geplanten Leistungssteigerung ist zudem nicht zwingend eine Steigerung der Immissionen verbunden. Dennoch bleibt die betreffende Fachbehörde in die Planung der Anlagenerweiterung eingebunden, um zukünftig Nutzungskonflikte tatsächlich ausschließen zu können.

6.10 Nachrichtliche Übernahmen (§ 9 Abs. 6 und 6a BauGB)

Nach anderen gesetzlichen Vorschriften getroffene Festsetzungen sowie nachrichtliche Übernahmen existieren für das Plangebiet nicht.

7 Umweltbericht

7.1 Einleitung

Entsprechend § 2 Abs. 4 BauGB ist zur Ermittlung und Bewertung der Belange des Natur- und Umweltschutzes eine Umweltprüfung durchzuführen, die Ergebnisse dieser Prüfung sind in einem Umweltbericht zu beschreiben. Der Umweltbericht selbst basiert auf der Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB. Die Ergebnisse der Umweltprüfung zur vorliegenden Bauleitplanung sind im Folgenden dargestellt.

Da die Aufstellung der Bauleitpläne - also der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 15 sowie die 80. Änderung des Flächennutzungsplans - im sogenannten „Parallelverfahren“ erfolgen

soll, werden die Ausführungen des vorliegenden Umweltberichts auf den Detaillierungsgrad Bebauungsplan“ abgestimmt.

In der Stadt Celle, Ortsteil Bostel, wird auf dem Standort Teilkamp eine Biogasanlage mit Verbrennungsmotor betrieben. Diese Anlage besteht im Wesentlichen aus einem Fermenter, einem Nachgärer und einem Gärproduktlager sowie dem BHKW und einer Silagelagerfläche zur Lagerung der benötigten Rohstoffe. Die Biogasanlage verfügt derzeit über eine elektrische Leistung von 500 kW. Die überschüssige Wärme wird vor Ort zum Trocknen von land- und forstwirtschaftlichen Produkten genutzt.

Darüber hinaus wird ein Versorgungskonzept angestrebt, das die Weiterleitung des bei einer Anlagenerweiterung zusätzlich produzierten Gases an ein zusätzliches, externes BHKW vorsieht, um Strom und Wärme am Ort des Verbrauchers, wie z. B. Wohnen, Gewerbe sowie öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Rathäuser, Gastronomie etc. bereit zu stellen. Hierdurch wird der energetische Wirkungsgrad der Gesamtanlage weiter optimiert. Zudem ist optional die Gaseinspeisung in das öffentliche Netz möglich.

Mit der Aufstellung dieses Vorhabenbezogenen Bebauungsplans sowie der Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren könnte der bereits bestehende Biogasanlagenstandort effektiver genutzt und gleichzeitig der Anteil erneuerbarer Energien in Celle gesteigert werden.

7.2 Ziele und Inhalt des Bebauungsplans

Im Ortsteil Bostel der Stadt Celle ist die Erweiterung einer bestehenden Biogasanlage geplant. Die bisherige Biogasanlage fällt mit ihrem Standort unter die sog. „privilegierten Außenbereichsvorhaben“ im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 6d BauGB, allerdings wird durch die Erweiterung der Anlage auf mehr als 0,5 MW elektrisch die Aufstellung einer Bauleitplanung notwendig. Diese beinhaltet zum einen die 80. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle sowie zum anderen den vorliegenden Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 15 (vgl. Kap. 5.2 der Begründung).

Unter Berücksichtigung der innerhalb des Geltungsbereichs geplanten Silagelagerflächen, welche im Vergleich zum derzeitigen Stand der Biogasanlage in der Endausbaustufe die Lagerung der nahezu dreifachen Rohstoffmenge ermöglicht (vgl. Ausschnitt aus dem Vorhaben- und Erschließungsplan in Anlage 2), kann zukünftig eine elektrische Leistung von ca. 1,5 MW erreicht werden. Dies ist jedoch ein Richtwert, der unterschritten- aber auch überschritten werden kann. Dies hängt beispielsweise von der Realisierung der geplanten Baumaßnahmen sowie von zukünftigen technischen Entwicklungen ab, wodurch ggf. Aus weniger Rohstoffen mehr Leistung erzielt werden kann.

7.3 Ziele des Umweltschutzes

Die grundlegenden Ziele des Umweltschutzes sind in diversen Fachgesetzen (Bundesnaturschutzgesetz, Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Niedersächsisches Wassergesetz, Bundesimmissionsschutzgesetz einschließlich seiner ergänzenden Technischen Anleitungen und Verordnungen, Bundeswaldgesetz, Niedersächsisches Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung u. a.) dargelegt.

In dem hier betrachteten Landschaftsausschnitt finden die oben genannten Fachgesetze eine Konkretisierung in folgenden Plänen:

Landschaftsrahmenplan

Der Landschaftsrahmenplan (LRP) für den Landkreis Celle stammt aus dem Jahr 1991 und wird für das Gebiet der Stadt Celle derzeit überarbeitet. Die hier verwendeten Angaben sind der bereits aktualisierten Fassung entnommen. Für das behandelte Gebiet trifft der Landschaftsrahmenplan-Entwurf folgende Aussagen:

Tab. 1: Aussagen des in Aufstellung befindlichen Landschaftsrahmenplans der Stadt Celle

Karte	Aussage zum Plangebiet
Landschaftsbild	Landschaftsbildeinheiten sind von geringer Bedeutung bis mittlerer Bedeutung
Besondere Werte von Böden	keine
Wasser- und Stoffretention	Das Plangebiet liegt in einem Bereich mit hoher Nitratauswaschungsgefährdung sowie hoher Winderosionsgefährdung ohne Dauervegetation.
Klima und Luft	Das Plangebiet ist zum einen Bestandteil eines Freilandklimatops (ungestörter, stark ausgeprägter Tagesgang von Temperatur und Feuchte, windoffen, starke Frisch-/ Kaltluftproduktion) und zum anderen eines Waldklimatops (stark gedämpfter Tagesgang von Temperatur und Feuchte, Filterfunktion)

Landschaftsplan

Der Landschaftsplan für die Stadt Celle von 1987 trifft für den Geltungsbereich lediglich die Aussage, dass der Feldgehölzanteil zu erhöhen ist.

Schutzgebiete und -objekte

Im Plangebiet befinden sich keinerlei Schutzgebiete bzw. -objekte gemäß Niedersächsischem Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG).

Besonderer Artenschutz

Hinsichtlich der artenschutzrechtlichen Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) ist zu prüfen, ob innerhalb des Plangebiets und in dessen funktionalem Zusammenhang streng oder besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten vorkommen. Diese spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (SaP) ist der Anlage 7 zu entnehmen.

Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung hat ergeben, dass die im Plangebiet vorkommenden besonders bzw. streng geschützten Tier- und Pflanzenarten durch die Planung nicht nachhaltig beeinträchtigt werden und somit kein Verbotstatbestand nach § 44 BNatSchG vorliegt. Zum Schutz der Brut sind die Baumaßnahmen sowie mögliche Gehölzentnahmen außerhalb der Brutzeit durchzuführen.

Zusätzlich wurde im Oktober 2010 eine „Erfassung der Biotoptypen, Brutvogel- und Fledermausvorkommen und Bewertung der Fläche für die erfassten Artengruppen sowie des besonderen Artenschutzes im Bereich des VBB Celle Nr. 15 Erweiterung der Biogasanlage Teilkamp“ erstellt (vgl. Anlage 8). Hierbei wurden im Plangebiet vorkommende, in ihrem Bestand bedrohte Fledermaus- und Vogelarten erfasst.

Im Ergebnis zeigt sich, dass das Untersuchungsgebiet eine Bedeutung für die Artengruppe der Fledermäuse aufweist. Die Störungen durch den Bau und Betrieb der Biogasanlage machen sich aufgrund der Distanz zu den am häufigsten genutzten Habitaten nur in einem geringen Umfang bemerkbar. Bau und Betrieb der geplanten Erweiterung werden voraussichtlich keine zusätzlichen Störungen und Schädigungen für die Fledermäuse nach sich ziehen. Die potenziellen Beeinträchtigungen der Fledermaus-Vorkommen durch die aktuelle Planung sind nicht erheblich und führen nicht zu einem erhöhten Kompensationsbedarf.

Das Plangebiet ist ebenfalls von Bedeutung für die Avifauna. Die im Plangebiet vorgefundenen Vogelarten sind zum überwiegenden Teil lediglich während der Bauphase von Störungen betroffen. Da aber in der näheren Umgebung zum Plangebiet auch weiterhin ausreichend Habitate für die bedrohten Vogelarten vorhanden sind, ergibt sich kein erhöhter Kompensationsbedarf.

Berücksichtigung der Ziele des Umweltschutzes

Zur Beachtung der vorgenannten allgemeinen wie besonderen Ziele des Umwelt- und Naturschutzes wird im Folgenden eine differenzierte Betrachtung des Plangebiets durchgeführt.

7.4 Umweltzustand

7.4.1 Zustand von Natur und Landschaft

Die Beschreibung und Bewertung des derzeitigen Zustands von Umwelt, Natur und Landschaft berücksichtigt die Schutzgüter des Natur- und Umweltschutzes gemäß den Vorgaben des § 1 Abs. 6 Nr. 7 Baugesetzbuch (BauGB). Der Umweltbericht hingegen basiert auf der Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB.

Beschreibung

Zentrale Datengrundlage für die folgende Beschreibung der Flächen im Plangebiet bildet eine Biotoptypenkartierung, die im Mai und August 2010 durchgeführt wurde. Hierzu wurde der Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen (Drachenfels, 2004) angewendet.

Die Wahl der Datengrundlage Biotoptypen basiert auf der Annahme, dass diese zu einem hohen Grad geeignet sind, den Zustand von Natur und Landschaft abzubilden und ist gängige Praxis im Sinne der §§ 1 Abs. 6 Nr. 7 in Verbindung mit der Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB.

Entsprechend oben zitierter Vorgaben des Baugesetzbuchs erfolgt die Berücksichtigung der „Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege“ auf Basis einer Betrachtung sogenannter „Schutzgüter“.

Folgende Schutzgüter des § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB werden im Rahmen des vorliegenden Umweltberichts geprüft:

- Mensch
- Pflanzen und Tiere
- Boden
- Wasser
- Klima / Luft
- Landschaftsbild
- Biologische Vielfalt
- Sonstige Sach- und Kulturgüter
- Schutzgebiete und -objekte
- Wechselbeziehungen zwischen den Schutzgütern

In Abhängigkeit des jeweils betrachteten Schutzguts wurden die Daten der Biotoptypenkartierung um die Daten weiterer Quellen, zum Beispiel Aussagen zuständiger Stellen, ergänzt.

Bewertung

An die Beschreibung der einzelnen Schutzgüter schließt sich deren Bewertung an. Um diese Bewertung, inklusive dabei angelegter Maßstäbe, transparent zu gestalten, werden in Niedersachsen, wie auch in anderen Bundesländern, in der Regel genormte Bewertungs- und Kompensationsmodelle angewandt. Hier ist das sogenannte Modell des Niedersächsischen Städtetags in der aktuellen Fassung aus dem Jahr 2008 verwendet worden.

Für die Schutzgüter Arten und Lebensgemeinschaften sieht das Modell eine Bewertung in einer 6-stufigen Werteskala (0-5) vor. Hierbei gilt:

Tab. 2: Wertfaktoren nach dem Modell des Niedersächsischen Städtetags (2008)

Wertfaktor 5:	Schutzgüter mit sehr hoher Bedeutung
Wertfaktor 4:	Schutzgüter mit hoher Bedeutung
Wertfaktor 3:	Schutzgüter mit mittlerer Bedeutung
Wertfaktor 2:	Schutzgüter mit geringer Bedeutung
Wertfaktor 1:	Schutzgüter mit sehr geringer Bedeutung
Wertfaktor 0:	Schutzgüter weitgehend ohne Bedeutung

7.4.1.1 Mensch

Ein Großteil der Flächen des Plangebiets wird derzeit landwirtschaftlich genutzt und dient somit der Erzeugung von Produkten für die menschliche Nutzung. Die Flächen um den Standort der Biogasanlage werden vorwiegend ackerbaulich genutzt oder bestehen aus Waldflächen. Eine „gute fachliche Praxis“ in der Bewirtschaftung dieser Flächen vorausgesetzt, kann nicht erkannt werden, dass von dieser Nutzung Gefährdungen für die menschliche Gesundheit ausgehen.

Neben den zeitweiligen Geruchsimmissionen durch die Nutzung der Biogasanlage sind Schallimmissionen durch den Lieferverkehr zur Biogasanlage und die westlich der Anlage verlaufende Straße Teilkamp sowie der nördlich verlaufenden Kreisstraße (K 29) zu erwarten.

- ⇒ Werden Parameter wie Ertragsfähigkeit, Bedeutung für Erholung und Gesundheit, potenzielle Bedeutung als Wohnstandort sowie Bedeutung als ortsprägende Struktur/Einheit im Sinne der Identifikation der Bevölkerung mit einer Landschaft zu Grunde gelegt, kann dem Gebiet in der Summe eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Menschen zugewiesen werden.

7.4.1.2 Pflanzen und Tiere

Die folgende Beschreibung und Bewertung des untersuchten Raums als Lebensstätte für Pflanzen und Tiere findet auf Basis der „Erfassung der Biotoptypen, Brutvogel- und Fledermausvorkommen und Bewertung der Fläche für die erfassten Artengruppen sowie des besonderen Artenschutzes im Bereich des VBB Celle Nr. 15 Erweiterung der Biogasanlage Teilkamp“ statt (vgl. Biotoptypenkarte, Anlage 4, sowie Anlage 8). Der Untersuchungsraum der Biotoptypenkartierung ist deutlich größer gewählt als der Geltungsbereich der vorliegenden Bauleitplanung, da in der näheren Umgebung zum Geltungsbereich eine Vielzahl an unterschiedlichen Biotopen und somit auch eine Vielzahl an potenziellen Habitaten für besonders und streng geschützte Arten zu erwarten sind. Die Biotoptypen des Geltungsbereichs und der näheren Umgebung sind somit auch Basis für die Bewertung des Bereichs als Lebensraum für streng und besonders geschützte Arten.

Im Genehmigungsverfahren für die bestehende Anlage wurden Anpflanzungsmaßnahmen im Bereich der Biogasanlage geplant. Die Umsetzung scheint bis zum heutigen Datum nur in geringem Umfang umgesetzt zu sein, da sich in der Biotoptypenkarte kaum Gehölzbestände im Bereich der Ausgleichspflanzungen befinden, mit Ausnahme der Hecke, die das Plangebiet von Norden nach Süden durchläuft. Die genaue Lage der Maßnahmen für die Bestandsanlage sind dem Grünordnungsplan zu entnehmen.

Die Bewertung der Biotoptypen folgt der Systematik von Drachenfels (2004) und basiert im Wesentlichen auf dem Kriterium „Bedeutung als Lebensraum für Tiere und Pflanzen“. Daneben finden die Kriterien „Gefährdung“, „Seltenheit“ sowie „Naturnähe“ Eingang in die Bewertung.

Acker (A)

Östlich der Biogasanlage befindet sich eine als Maisacker genutzte Ackerfläche. Die intensiv genutzte Ackerfläche verfügt weder auf der Fläche, noch am Ackerrain über Vorkommen von Ackerwildkräutern.

- ⇒ Als Lebensstätte für Pflanzen und Tiere kommt dem Acker eine sehr geringe Bedeutung zu.

Fläche mit Kies- oder Schotterdecke (TFK)

Im Bereich der bereits bestehenden Biogasanlage befindet sich eine als Park- und Abstellplatz genutzte Schotterfläche. Der Bewuchs dieser Fläche ist sehr schütter. Lediglich das einjährige Rispengras (*Poa annua*) und der Breitblättrige Wegerich (*Plantago lanceolata*) kommen häufiger vor.

- ⇒ Aufgrund des geringen Bewuchses kommt der Fläche mit Kies- oder Schotterdecke lediglich eine sehr geringe Bedeutung zu.

Halbruderaler Gras- und Staudenflur trockener Standorte (UHT)

Um das kleine Eichenwäldchen westlich der Straße Teilkamp befindet sich ein nicht genutzter Streifen, der überwiegend mit trockenheitsresistenten Gräsern und Kräutern bewachsen ist. Häufig vorkommende Arten sind Rotschwingel (*Festuca rubra*), Rot-Strau gras (*Agrostis capillaris*), mehrere Klee-Arten (*Trifolium dubium*, *Trifolium arvense*, *Trifolium campestre*), Schafgarbe (*Achillea millefolium*), Wilde Möhre (*Daucus carota*) und Steinklee (*Melilotus albus*).

⇒ Der Halbruderalen Gras- und Staudenflur trockener Standorte kommt als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine mittlere Bedeutung zu.

Halbruderaler Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte (UHM)

Weite Bereiche jenseits der Straße Teilkamp, in der direkten Nachbarschaft zur Biogasanlage sowie um den Eichenwald herum, weisen eine nicht genutzte, jedoch etwas nährstoff- und feuchteliebendere Vegetation auf. Typische Arten sind Gemeines Rispengras (*Poa trivialis*), Knäuel-Gras (*Dactylis glomerata*), Rotschwingel (*Festuca rubra*), Ferkelkraut (*Hypochoeris radicata*), Frauenflachs (*Linaria vulgaris*), Kanadisches Berufkraut (*Erigeron canadense*) und Kanadische Goldrute (*Solidago canadensis*).

⇒ Als Lebensraum für Pflanzen und Tiere wird dem Bereich eine mittlere Bedeutung beigemessen.

Halbruderaler Gras- und Staudenflur feuchter Bereiche (UHF)

Zwei kleinere, ungenutzte, nährstoffreiche und feuchte Bereiche südlich der bestehenden Biogasanlage weisen eine von Brennessel (*Urtica dioica*), Kratzdistel (*Cirsium arvense*), Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*) und Mädesüß (*Filipendula ulmaria*) dominierte Vegetation auf.

⇒ Der Halbruderalen Gras- und Staudenflur feuchter Standorte kommt eine mittlere Bedeutung zu.

Nährstoffreicher Graben (FGR)

Im Grenzbereich zwischen Acker und Waldrand sowie Waldrand und Straße verläuft ein schmaler Graben, der der Entwässerung der Ackerfläche dient. Am Ende des Grabens versickert die Feuchtigkeit im Boden. Im Bereich der Ackerfläche sowie bei den Fischteichen wird der Graben regelmäßig geräumt, hier sind sowohl Sohle als auch Böschungen vegetationsfrei. Im restlichen Grabenverlauf sind die Grabenböschungen mit den Arten des angrenzenden Ruderalbestands bewachsen, die Sohle ist vegetationsfrei oder mit Flatterbinsen (*Juncus effusus*) bewachsen.

⇒ Der Graben verfügt über eine geringe Bedeutung als Lebensraum für Pflanzen und Tiere.

Ruderalflur frischer bis feuchter Standorte (URF)

Entlang des Grabens, nördlich der Fischteiche sowie östlich der Waldfläche hat sich grabenbegleitend, im Uferbereich eine Ruderalflur frischer bis feuchter Standorte entwickelt. Dominante Arten sind Brennessel (*Urtica dioica*), Flatterbinse (*Juncus effusus*), Kanadische Goldrute / *Solidago canadensis*), Brombeere (*Rubus fruticosus* agg.) und Rühr-mich-nicht-an (*Impatiens noli-tangere*). Eine vergleichbare Ruderalflur frischer bis feuchter Standorte hat sich nördlich der bestehenden Biogasanlage entwickelt.

⇒ Als Lebensraum für Pflanzen und Tiere wird dem Biotop Ruderalflur frischer bis feuchter Standorte eine mittlere Bedeutung beigemessen.

Baumreihe (HBA)

Entlang der Straße Teilkamp befindet sich eine Baumreihe, diese besteht fast ausschließlich aus Stieleichen (*Quercus robur*). Ein Gehölzunterbewuchs ist nur in einem sehr eingeschränkten Maß vorhanden.

⇒ Der Baumreihe kommt aufgrund des geringen Unterbewuchses eine mittlere Bedeutung in Bezug auf den Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu.

Baumhecke (HFB)

Nordwestlich der Straße Teilkamp verläuft eine straßenbegleitende Baumhecke. Die Baumschicht wird auch hier überwiegend durch Stieleichen (*Quercus robur*) gebildet, einzelne Birken (*Betula pendula*) und Ebereschen (*Sorbus aucuparia*) vervollständigen die Reihe. Neben Brombeeren (*Rubus fruticosus* agg.) bilden Jungpflanzen der genannten Baumarten und vereinzelte Weiden (*Salix* diff. spec.) und Pappeln (*Populus tremula*) den Unterbewuchs.

⇒ Als Lebensraum für Pflanzen und Tiere wird dem Biotoyp Baumhecke eine mittlere Bedeutung beigemessen.

Strauchhecke (HFS)

Direkt östlich angrenzend an die bestehende Biogasanlage stockt eine Strauchhecke, die sich aus unterschiedlichen Gehölzen zusammensetzt. Neben Stieleiche (*Quercus robur*), Birke (*Betula pendula*) und Eberesche (*Sorbus aucuparia*) treten auch Holunder (*Sambucus nigra*), Zitterpappel (*Populus tremula*) und Brombeeren (*Rubus fruticosus* agg.) auf. Die Hecke ist bis in Bodennähe sehr dicht bewachsen, ein krautiger Unterbewuchs ist nicht vorhanden.

⇒ Der Strauchhecke kommt aufgrund des dichten Bewuchses eine mittlere Bedeutung hinsichtlich ihrer Bedeutung als Lebensraum für Pflanzen und Tiere zu.

Naturnahes Feldgehölz (HN)

Angrenzend an die Strauchhecke befindet sich nahe der Straße Teilkamp ein kleines Feldgehölz, das im Wesentlichen aus den gleichen Arten gebildet wird, wie die angrenzende Hecke, s.o.

⇒ Das naturnahe Feldgehölz verfügt über eine hohe Bedeutung als Lebensraum für Pflanzen und Tiere.

Waldrand (WR)

Im Osten des Untersuchungsgebiets befinden sich ein Fichtenforst sowie eine aufgeforstete Schlagfläche. Beide Biotope werden von einem mehrzeiligen Ring aus Laubgehölzen umgeben. Es dominieren Stieleichen (*Quercus robur*), aber auch Birken (*Betula pendula*), Erlen (*Alnus glutinosa*) und Eschen (*Fraxinus excelsior*) kommen vor.

⇒ Der Waldrand verfügt über eine hohe Bedeutung als Lebensraum für Pflanzen und Tiere.

Eichenmischwald armer, trockener Sandböden (WQT)

Direkt südlich der bestehenden Biogasanlage sowie nordwestlich der Straße Teilkamp stockt jeweils ein Eichenmischwald. Das große Gehölz an der Biogasanlage wurde angepflanzt, das kleine an der Straße ist wohl natürlichen Ursprungs. Das große Gehölz weist einen reinen Stieleichen-Bestand (*Quercus robur*) in der Baumschicht auf. Die Strauchschicht wird überwiegend durch den Faulbaum (*Frangula alnus*) gebildet, vereinzelt treten Eberesche (*Sorbus aucuparia*), Brombeere (*Rubus fruticosus* agg.), Himbeere (*Rubus idaeus*) und Holunder (*Sambucus nigra*) auf. In der Krautschicht dominiert die Schlängel-Schmiele (*Avenella flexuosa*), daneben kommt das Wald-Reitgras (*Calamagrostis epigeios*), der Wachtelweizen (*Melampyrium pratense*) sowie einige Gartenflüchtlinge, die durch Gartenabfälle in das Gebiet eingebracht wurden, vor. Im kleinen Gehölz finden sich neben der Stieleiche auch wenige Kiefern (*Pinus sylvestris*) und Birken (*Betula pendula*). Die Gebüschschicht setzt sich aus den Arten der angrenzenden halbruderalen Biotoptypen zusammen. Ein Gebüschmantel ist bei beiden Gehölzen nicht vorhanden.

⇒ Dem Eichenmischwald armer, trockener Sandböden wird als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine sehr hohe Bedeutung beigemessen.

Fichtenforst (WZF)

Im östlichen Bereich des Untersuchungsgebiets stockt ein Fichtenforst (*Picea abies*). Durch Windbruch oder Einschlag entstandene Lücken wurden durch Naturverjüngung mit Laubgehölzen aufgefüllt. Neben Birken (*Betula pendula*) und Stieleichen (*Quercus robur*) finden sich in den feuchteren Bereichen auch einzelne Erlen (*Alnus glutinosa*) und Eschen (*Fraxinus excelsior*).

or). Ein Unterwuchs ist in den Nadelforstbereichen praktisch nicht vorhanden, in den Laubholzbereichen finden sich Arten der Schlagfluren und der angrenzenden Ruderalflur.

⇒ Dem Fichtenforst kommt als Lebensraum für Tiere und Pflanzen eine geringe Bedeutung zu.

Erlen- und Eschen-Sumpfwald (WNE)

Eine kleine nasse Fläche im Nordosten des Untersuchungsgebiets ist mit einer Mischung aus Erlen (*Alnus glutinosa*) und wenigen Eschen (*Fraxinus excelsior*) bestockt. Im Unterwuchs finden sich fast ausschließlich Rohrkolben (*Typha latifolia*) und Flatterbinse (*Juncus effusus*). Der Biotoptyp ist nach § 30 BNatSchG geschützt.

⇒ Der Erlen- und Eschen-Sumpfwald verfügt über eine sehr hohe Bedeutung in Bezug auf die Qualität der Fläche als Lebensraum für Pflanzen und Tiere.

Waldlichtungsflur basenarmer Standorte / Laubforst aus einheimischen Arten (UWA / WXH)

Im östlichen Teil des Untersuchungsgebiets findet sich ein ehemaliger Waldbereich, der auf Grund von Windbruch eingeschlagen wurde und in Teilbereichen mit überwiegend standortgerechten Laubgehölzen neu aufgeforstet wurde. Etliche Gebüsche konnten sich durch Naturverjüngung etablieren, vor allem Birken (*Betula pendula*), Ebereschen (*Sorbus aucuparia*) und Brombeeren (*Rubus fruticosus* agg.). Die Krautschicht wird durch Arten der Schlagfluren, wie das Weidenröschen (*Epilobium angustifolium*), sowie Arten des Waldbodens, wie die Schlängelschmiele (*Avenella flexuosa*), dominiert.

⇒ Der Waldlichtungsflur basenarmer Standorte kommt als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine mittlere Bedeutung, dem Laubforst aus einheimischen Arten eine hohe Bedeutung für Tiere und Pflanzen zu.

Fischteich (SXF)

Im südöstlichen Randbereich des Gebiets befinden sich drei kleine, als Fischteiche genutzte, künstlich angelegte Stillgewässer. Flutende oder Schwimmblattvegetation ist nicht vorhanden. Die Böschungen der Teiche sind mit Schwertlilie (*Iris pseudacorus*), Rohr-Glanzgras (*Phalaris arundinacea*) und Seggen (*Carex pumilata*) bepflanzt.

⇒ Den Fischteichen kommt hinsichtlich ihrer Bedeutung als Lebensraum für Tiere und Pflanzen eine mittlere Bedeutung zu.

Artenreicher Scherrasen (GRR)

Zwischen den Fischteichen wird die Vegetation durch häufige Mahd sehr kurz gehalten, so dass sich ein Scherrasen entwickelt hat. Neben den typischen Arten dieser Flächen finden sich auch Gänseblümchen (*Bellis perennis*), Ferkelkraut (*Hypochoeris radicata*) und Storchschnabel (*Geranium molle*).

⇒ Der Artenreiche Scherrasen verfügt über eine sehr geringe Bedeutung als Lebensraum für Pflanzen und Tiere.

Nährstoffreiche Nasswiese (GNR)

Nördlich der bestehenden Biogasanlage befindet sich eine Fläche, die als nährstoffreiche Nasswiese kartiert wurde. Der Biotoptyp ist gemäß § 30 BNatSchG, bzw. § 24 NAGBNatSchG geschützt. Die Fläche wurde in einer vorherigen Kartierung der Unteren Naturschutzbehörde als Nährstoffreiches Großseggenried (NSG) kartiert, dies konnte zum Zeitpunkt der Kartierung jedoch nicht bestätigt werden. Zwar sind in Teilbereichen Großseggen wie die Scharfe Segge (*Carex acuta*) zu finden, gleichzeitig sind aber auch Vorkommen des Zweizahn (*Bidens tripartita*) als Nährstoffzeiger und Zeiger von offenem Boden nachgewiesen. Weitere vorkommende Arten sind Gemeines Rispengras (*Poa trivialis*), Flatterbinse (*Juncus effusus*) und Wiesenkerbel (*Anthriscus sylvestris*). Die Nährstoffreiche Nasswiese wird sich im Laufe der Zeit wieder zu einem Nährstoffreichen Großseggenried entwickeln.

- ⇒ Die Nährstoffreiche Nasswiese verfügt über eine sehr hohe Bedeutung als Lebensraum für Pflanzen und Tiere.

Versiegelte Fläche (X)

Im Bereich der bereits bestehenden Biogasanlage gibt es versiegelte Flächen in Form von Verkehrsflächen, Silagelagerflächen und den Gär- und Lagerbehältern. Diese Flächen sind mit Asphalt oder Beton vollständig versiegelt.

- ⇒ Die versiegelten Flächen sind als Lebensraum für Pflanzen und Tiere nahezu ohne Bedeutung.

7.4.1.3 Boden

Folgende Daten zu den im Geltungsbereich der Bauleitplanung befindlichen Böden lassen sich aus der Digitalen Bodenkarte des Niedersächsischen Landesamts für Bodenforschung² entnehmen:

Tab. 3: Bodenmerkmale nach niedersächsischer Bodenkarte

Geologischer Profiltyp	Geschiebedecksande / glazifluviale Ablagerungen
Bodenartlicher Profiltyp	Sand
Reliefform	Platte
Bodentyp	Podsol-Braunerde

Laut dem in Aufstellung befindlichen Landschaftsrahmenplan (LRP) der Stadt Celle befindet sich der Geltungsbereich der vorliegenden Planung auf der Grenze zweier naturräumlicher Einheiten. Der westliche Teil des Geltungsbereichs befindet sich in der naturräumlichen Einheit der *Südheide*, genauer gesagt in der Untereinheit der *Arloher Sandplatten*. Dieser Bereich umfasst vorwiegend ein schwach welliges Grundmoränenplateau. Das Plateau ist durch Sande geprägt. Aus diesem Ausgangsmaterial hat sich im Laufe der Zeit der Bodentyp Podsol-Braunerde entwickelt, der auch heute noch im Plangebiet vorzufinden ist.

Der östliche Teil des Geltungsbereichs befindet sich im Bereich der *Oberen Allerniederung* und dort in der naturräumlichen Untereinheit des *Lachendorfer Bruch- und Sandgebiets*. Für dieses ist der Wechsel zwischen grundwassernahen, niedermoorreichen Bruchgebieten und flach gewölbten, vorwiegend trockenen Sandplatten prägend. Die Sandplatten sind durch wechsellagernde Sand- und Kiessedimente geprägt und weisen den Bodentyp Braunerde-Podsol auf. Durch die bereits bestehende intensive Nutzung der Flächen sind die Böden bereits deutlich in ihrer Form und Struktur gestört.

Die Einstufung des Schutzguts „Boden“ erfolgt nach der Naturnähe gemäß dem Modell des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (NMELF) 2002.

Tab. 4: Einstufung des Schutzguts Boden gemäß NMELF 2002

Bedeutung	Bereich	Einstufungskriterien
Wertstufe V (von besonderer Bedeutung)	Böden unter altem Laubwald Böden (moorig) unter Erlenbruch	- besonders hohe Naturnähe - besondere Standorteigenschaften und hohe Naturnähe
Wertstufe IV (von besonderer bis allgemeiner Bedeutung)	Böden unter einer die natürlichen Standorteigenschaften repräsentierenden Vegetation	- hohe Naturnähe
Wertstufe III (von allgemeiner Bedeutung)	Böden unter schützender, aber nicht standorttypischer Vegetationsdecke	- bedingt Naturnähe (durch anthropogene Nutzung überprägt; Bodenfunktionen noch gegeben)
Wertstufe II (von geringer bis allgemeiner Bedeutung)	überformte Böden	- durch anthropogene Nutzung sehr stark überprägte Böden - Beeinträchtigung der Bodenfunktionen - Risiko von Stoffeinträgen durch die Nutzung

² Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung (1997): Bodenkarte für Niedersachsen. Hannover.

Wertstufe I (von geringer Bedeutung)	versiegelte, verdichtete oder überbaute Böden	- durch anthropogene Nutzung sehr stark bis vollständig überprägte Böden - vollständiger Verlust der Bodenfunktionen
---	--	--

⇒ Unter Berücksichtigung der Naturnähe und des gegenwärtigen Zustands des Bodens innerhalb des Plangebiets kommt dem Schutzgut nach dem NMELF 2002 für die bereits versiegelten Bereiche eine geringe Bedeutung und für die bisher nicht versiegelten Bereichen eine allgemeine Bedeutung zu.

7.4.1.4 Wasser

Innerhalb des Geltungsbereichs der Bauleitplanung befinden sich keine Oberflächengewässer. Die innerhalb des Untersuchungsgebiets vorgefundenen Gewässer sind von der vorliegenden Planung nicht betroffen und wurden zudem bereits in den Beschreibungen zum Schutzgut Pflanzen und Tiere berücksichtigt, so dass sich die Bewertung des Schutzguts Wasser auf die Grundwassersituation beschränkt.

In Bezug auf das Grundwasser ist der Boden für die menschliche Nutzung von Bedeutung. Diese resultiert aus seinen Eigenschaften, seiner Nutzung sowie seiner gegenwärtigen Bedeutung als Teil eines Gebiets zur Bildung und/oder Nutzung von Grundwasser.

Der anstehende sandige Boden verfügt über eine relativ hohe Versickerungsrate von Niederschlagswasser. Dadurch besteht eine hohe Nitratauswaschungsgefährdung, die auch im Landschaftsrahmenplan (in Aufstellung befindlich) für den Geltungsbereich der Bauleitplanung gekennzeichnet ist.

Das Plangebiet liegt nach den Darstellungen des Flächennutzungsplans zusätzlich in den Wasserschutzzonen IIIB Garßen sowie IIIA Bostel. Da sich im Bereich der Wasserschutzzonen bereits eine bestehende Biogasanlage befindet, ist davon auszugehen, dass die Nutzungsverordnungen auch weiterhin eingehalten werden.

Auf den unversiegelten Flächen ist die Versickerung der anfallenden Niederschlagswässer problemlos möglich. Durch die bestehende Bebauung ist jedoch bereits ein überwiegender Teil der vorhandenen Bodenstandorte versiegelt und steht damit der Niederschlagswasserversickerung nicht mehr zur Verfügung.

⇒ Im Ergebnis wird dem Plangebiet in Bezug auf das Schutzgut Wasser eine mittlere Bedeutung zugeordnet.

7.4.1.5 Klima / Luft

Klimatisch zählt das Plangebiet zum maritim-kontinentalen Übergangsbereich. Die maritimen Einflüsse sind jedoch noch stark ausgeprägt, was sich durch einen ausgeglichenen Tagesverlauf mit geringen Temperaturschwankungen, hohe Niederschlagswerte und hohe Windgeschwindigkeiten ausdrückt. Die Sommer sind mäßig kalt und niederschlagsreich, die Winter feucht und selten extrem kalt.

Der in Aufstellung befindliche Landschaftsrahmenplan stuft das Plangebiet als Freilandklimatop ein. Dies bedeutet, dass es sich um einen ungestörten Bereich handelt, der durch einen stark ausgeprägten Tagesgang von Temperatur und Feuchte geprägt ist. Zudem ist der Bereich des Plangebiets windoffen und verfügt über eine starke Frisch- und Kaltluftproduktion.

⇒ Insgesamt kann dem Schutzgut Klima/Luft eine mittlere Bedeutung beigemessen werden.

7.4.1.6 Landschaftsbild

Kriterien für die Bewertung des Landschaftsbilds sind die „Eigenart“, „Vielfalt“ und „Erlebbarkeit“ / „Schönheit“ (Quelle: NLWKN) des Plangebiets. Durch das Kriterium „Eigenart“ wird angegeben, in welchem Umfang ein Landschaftsbild noch Naturtypisches wiedergibt bzw. inwieweit es schon nivelliert ist. So weisen z. B. Natur- und alte Kulturlandschaften eine hohe „Eigenart“ auf. Die „Vielfalt“ des Landschaftsbilds ergibt sich aus dem Wechsel von Strukturen und Elementen,

die für den jeweiligen Ausschnitt von Natur und Landschaft nach Art und Ausprägung landschaftsbildsrelevant und naturraumtypisch sind. Die „Erlebbarkeit“ eines Gebiets wird vor allem durch die Dichte und Ausgestaltung der Erschließungswege, also der Nutzbarkeit durch den Menschen beeinflusst.

Betrachtet man die unterschiedlichen Kriterien zur Landschaftsbildbewertung, wird deutlich, dass in Bezug auf die „Eigenart“ der Landschaft eine wesentliche Überprägung der ursprünglichen Kulturlandschaft bereits stattgefunden hat und diese somit kaum noch erhalten ist. Das Plangebiet wird derzeit als Standort einer Biogasanlage genutzt. Die ursprüngliche landwirtschaftliche Nutzung an diesem Standort wurde schon vor einiger Zeit aufgegeben. Durch die Nutzung der Fläche als Standort zur Energiegewinnung ist die „Eigenart“ der Landschaft weitestgehend verloren gegangen. Ähnlich ist es mit dem Kriterium der „Vielfalt“, diese ist heute innerhalb des Plangebiets kaum noch vorhanden. Dagegen ist in den umliegenden Bereichen durch eine Vielzahl an unterschiedlichen Biotopen eine höhere Vielfalt der Landschaft erkennbar. Die „Erlebbarkeit“/„Schönheit“ des Gebiets ist durch die vorhandenen Straßen und Wege für Radfahrer und Fußgänger als Naherholungsraum gegeben. Durch die bereits bestehende Biogasanlage ist das Landschaftsbild in diesem Bereich bereits als beeinträchtigt anzusehen.

⇒ Dem Schutzgut Landschaftsbild wird somit aufgrund der bereits vorhandenen Beeinträchtigungen insgesamt eine geringe Bedeutung beigemessen.

7.4.1.7 Biologische Vielfalt

Innerhalb des Plangebiets sind unterschiedliche Biototypen anzutreffen (s. o.), von denen die Biototypen Acker, Strauchhecke, Halbruderaler Gras- und Staudenflur mittlerer und feuchter Standorte sowie Kies- oder Schotterflächen und Versiegelte Bereiche innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche liegen. Innerhalb des Plangebietes sind keine hohen Artenaufkommen zu erwarten. In der näheren Umgebung des Plangebiets ist eine Vielzahl an unterschiedlichen Biotopen vorhanden, hier ist zum Teil mit einem höheren Artenaufkommen zu rechnen.

⇒ In Bezug auf die Biologische Vielfalt wird dem Plangebiet insgesamt eine geringe Bedeutung zugemessen.

7.4.1.8 Sonstige Sach- und Kulturgüter

⇒ Es sind keine Sach- und Kulturgüter von der Planung betroffen, damit bleibt dieses Schutzgut in der weiteren Betrachtung ohne Belang.

7.4.1.9 Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bedeutende Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern, die wesentlich über das Maß der Bedeutung der einzelnen Güter hinausgehen, können im vorliegenden Landschaftsausschnitt nicht erkannt werden.

⇒ Somit bleibt das Schutzgut Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern in der weiteren Betrachtung ohne Belang.

Tab. 5: Wertfaktoren innerhalb des Geltungsbereichs nach dem Modell des Niedersächsischen Städtetags (2008)

Bewerteter Bereich	Wertfaktor* nach niedersächsi- schem Städtetag	Flächengröße in m ²	Flächenwert
Eichen-Mischwald armer, trockener Sandböden (WQT)	5	7.811	39.055
Strauchhecke (HFS)	3	400	1.200
Acker (A)	1	8.489	8.489
Ruderalflur frischer bis feuchter Standorte (URF)	3	488	1.464
Halbruderales Gras- und Staudenflur feuchter Standorte (UHF)	3	177	531
Halbruderales Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte (UHM)	3	10.865	32.595
Fläche mit Kies- oder Schotterfläche (TFK)	1	605	605
Versiegelte Fläche (x)	0	4.990	0
Summe des Flächenwerts			83.939

* Wertfaktor 5: Schutzgüter mit sehr hoher Bedeutung
Wertfaktor 4: Schutzgüter mit hoher Bedeutung
Wertfaktor 3: Schutzgüter mit mittlerer Bedeutung

Wertfaktor 2: Schutzgüter mit geringer Bedeutung
Wertfaktor 1: Schutzgüter mit sehr geringer Bedeutung
Wertfaktor 0: Schutzgüter weitgehend ohne Bedeutung

7.4.2 Prognose der Umweltentwicklung sowie Darlegung von Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen (Eingriffsbilanz)

7.4.2.1 Rechtliche Grundlagen

Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind von den Kommunen bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen. Dies kommt im BauGB durch folgende Vorgaben zum Ausdruck:

- Nach § 1 Abs. 5 Satz 1 BauGB sollen Bauleitpläne eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, gewährleisten und dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln.
- § 1 Abs. 6 Satz 1 Nr. 7 BauGB weist darauf hin, dass bei der Bauleitplanung die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen sind.
- In § 1a Abs. 3 BauGB wird weiter ausgeführt, dass die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbilds sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts in der Abwägung zu berücksichtigen sind (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz). Dabei sind die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Klima, Luft, das Wirkungsgefüge zwischen den Schutzgütern sowie die biologische Vielfalt zu betrachten.

Damit soll sichergestellt werden, dass das für eine Beurteilung der Belange des Umweltschutzes notwendige Abwägungsmaterial in einem ausreichenden Detaillierungsgrad zur Verfügung steht. Gleichzeitig wurden die bisher im Rahmen der Eingriffsregelung betrachteten Schutzgüter um das Schutzgut „Biologische Vielfalt“ erweitert. Eine andere (höhere) Gewichtung der Belange des Umweltschutzes geht damit jedoch nicht einher.

Von der Kommune ist weiterhin abwägend³ darüber zu befinden, ob/in welchem Umfang nachteilige Folgen für Natur und Landschaft mittels Darstellungen und Festsetzungen über Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen zu kompensieren sind.

In § 1a Abs. 3 Satz 3 sowie § 200a BauGB wird deutlich gemacht, dass ein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang zwischen Eingriff und Ausgleich nicht erforderlich ist, soweit dies mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und den Zielen der Raumordnung sowie des Naturschutzes und der Landschaftspflege vereinbar ist. Der Ausgleich kann somit auch an anderer Stelle als am Ort des Eingriffs erfolgen.

Durch § 1a Abs. 3 Satz 5 BauGB wird klargestellt, dass ein Ausgleich nicht erforderlich ist, sofern die Eingriffe bereits vor der planerischen Entscheidung erfolgt sind oder zulässig waren.

Für die vorliegende Bauleitplanung bedeutet dies, dass der durch die bestehende Biogasanlage bereits bebaute Bereich mit den entsprechend versiegelten Flächen bei der Eingriffs-Ausgleichs-Betrachtung nicht weiter zu berücksichtigen ist, gleichwohl hat der Vorhabenbezogene Bebauungsplan die Maßnahmen der Bestandsgenehmigung mit aufzunehmen (vgl. Kapitel 7.4.4.1).

Neben der Sicherung der Kompensationsmaßnahmen durch Plandarstellungen und -festsetzungen im Bauleitplan sieht § 1a Abs. 3 Satz 4 BauGB vor, dass anstelle von entsprechenden Planinhalten auch vertragliche Regelungen gemäß § 11 BauGB – d.h. städtebauliche Verträge über die Durchführung von Maßnahmen, die auf einen Ausgleich abzielen – oder sonstige Maßnahmen zum Ausgleich getroffen werden können. Alternativ können solche Regelungen auch im Durchführungsvertrag zu einem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit aufgenommen werden.

7.4.2.2 Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung

Die Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen stellt den ersten Schritt zur Anwendung der Eingriffsregelung dar. Entsprechend § 15 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) ist „der Verursacher eines Eingriffs [...] zu verpflichten, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen“.

Im Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 15 werden folgende Vermeidungsmaßnahmen festgesetzt bzw. sind berücksichtigt worden:

- Nutzung eines Bereichs, der bereits der bestehenden Biogasanlage zuzuordnen ist.
- Nutzung von bereits vorhandenen Wegen und Erschließungsanlagen.
- Die geplanten baulichen Anlagen werden gestalterisch in Anlehnung an die bereits bestehenden Anlagenbestandteile errichtet. Die maximale Bauhöhe wird durch den Vorhaben und Erschließungsplan festgelegt, dadurch sind keine erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsbilds zu erwarten.
- Die Baukörpergestaltung (Farbgebung) wird durch gestalterische Festsetzungen geregelt. Die Farbgebung aller Außenwände sämtlicher baulicher Anlagen, inklusive der Gär- und Lagerbehälter, hat in gedeckten, nicht glänzenden Grüntönen zu erfolgen. Die Dachflächen sämtlicher baulicher Anlagen, inklusive der Gär- und Lagerbehälter, sind in gedeckten, nicht glänzenden Brauntönen oder in gedeckten, nicht glänzenden Grüntönen auszu-

³ In diese Abwägung sind nicht nur die Vorteile für Natur und Landschaft, sondern auch die ggf. nachteilig berührten Belange einzustellen. Die dabei gebotene Ausrichtung auch der Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen an dem vom Abwägungsgebot erfassten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) dadurch umschrieben, dass Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen unterbleiben können, wenn sie „auch und gerade mit Blick auf § 1 Abs. 3, 5 und 6 BauGB unverhältnismäßige Opfer fordern“ (BVerwG, Beschluss vom 31.01.1997, Fußnote 5). Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein Westfalen (OVG NW) hat mit seinem Urteil vom 28. Juni 1995 (7a D 44/94 NE) klargestellt, dass Bebauungspläne, die von einer „...strikten, keiner Abwägung unterliegenden Pflicht zur möglichst vollständigen Vermeidung und zum vollen Ausgleich bzw. zur vollen ersatzweisen Kompensation der eingriffsbedingten Beeinträchtigungen ...“ ausgehen, an einem materiellen Mangel leiden würden, der zur Ungültigkeit der Satzung führte, da die Erfordernisse des Abwägungsgebots bzw. die zu beachtenden normativen Vorgaben des § 8a BNatSchG verkannt würden.

führen. Untergeordnete Bauteile, wie beispielsweise Abluftrohre, sind davon ausgenommen.

- Es werden durch den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 15 lediglich Biotoptypen überplant, die auch weiterhin in der näheren Umgebung der Biogasanlage vorzufinden sind.
- Erhalt von Waldflächen innerhalb des Geltungsbereichs
- Eingrünung der gesamten Anlage zur Minimierung des Eingriffs in das Landschaftsbild
- Absicherung von Biotoptypen bei Baumaßnahmen (nähere Regelungen im Durchführungsvertrag zu diesem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan)
- Durchführung der Baumaßnahmen sowie Gehölzentnahmen ausschließlich außerhalb Brutzeit (nähere Regelungen im Durchführungsvertrag zu diesem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan)

7.4.3 Voraussichtliche Beeinträchtigungen

7.4.3.1 Mensch

Mit der Realisierung der Erweiterung der Biogasanlage sind in Bezug auf das Schutzgut Mensch weder während der Bauphase noch dauerhaft erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten. Die Anlage ist auch heute schon von den vorhandenen Wegen einsehbar, diese Beeinträchtigung wird durch die Erweiterung nicht in erheblichem Umfang verstärkt.

⇒ Im Ergebnis kann dem betrachteten Gebiet in Bezug auf das Schutzgut Mensch auch in Zukunft eine geringe Bedeutung beigemessen werden.

7.4.3.2 Pflanzen und Tiere

Zur Ermittlung der Eingriffe in das Schutzgut Pflanzen und Tiere werden neben den Biotoptypen, die innerhalb des Geltungsbereichs der Bauleitplanung liegen auch die Ergebnisse der Speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (siehe Anlage 7 zu dieser Begründung) berücksichtigt.

Durch die vorliegende Planung sind die innerhalb des Geltungsbereichs liegenden Biotoptypen Halbruderale Gras- und Staudenflur mittlerer und feuchter Standorte sowie Acker, Strauchhecke und Flächen mit Kies- oder Schotterdecke betroffen. Mit der zukünftigen Erweiterung der Biogasanlage im Bereich der genannten Biotoptypen kommt es temporär, während der Bauphase, durch Baumaßnahmen und Lieferverkehr und dauerhaft, durch Bodenversiegelung, zu einem vollständigen Verlust der vorhandenen Lebensräume. Biotoptypen, die außerhalb der überbaubaren Fläche liegen sind entsprechend zu sichern und somit zu keiner Zeit in ihrem Bestand gefährdet.

Aufgrund der bereits bestehenden Biogasanlage sind potenziell keine Schädigungen von besonders und streng geschützten Arten innerhalb des Geltungsbereiches des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans zu erwarten. Um die Störungen während der Bauphase so gering wie möglich zu halten, werden im Durchführungsvertrag neben einem Bauverbot in der Brutzeit auch die Absicherung von Biotoptypen während der Baumaßnahmen geregelt.

⇒ Die Halbruderale Gras- und Staudenflur mittlerer sowie feuchter Standorte, die Strauchhecke, der Acker und die Fläche mit Kies- oder Schotterdecke werden zum Teil überplant. Die weiteren Biotoptypen innerhalb des Geltungsbereichs sind von der vorliegenden Planung nicht betroffen.

7.4.3.3 Boden

Durch die vorgesehene Erweiterung der bestehenden Biogasanlage wird eine weitere Versiegelung des anstehenden Bodens planungsrechtlich vorbereitet. Für den Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans wird eine Überschreitung durch Zufahrten, innere Erschließungswege, Abstellflächen und sonstige für den Betrieb erforderliche Nebenanlagen bis zu einer Grundflächenzahl (GRZ) von 0,56 festgesetzt. Dies bedeutet, dass maximal 56 % der Grundstücksfläche im Plangebiet versiegelt werden dürfen.

Der über die Bestandsgenehmigung hinaus hinzu kommende Teil des Regenrückhaltebeckens zählt ebenfalls zu den erheblich beeinträchtigten Bereichen des Schutzguts Boden und bedarf somit einer Kompensation.

- ⇒ Im Ergebnis kommt dem Geltungsbereich in Bezug auf das Schutzgut Boden auch weiterhin für die bereits versiegelten Bereiche eine geringe Bedeutung zu, gleiches gilt für die zusätzlich versiegelbaren Bereiche. Den Flächen, die außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche liegen, wird weiterhin eine mittlere Bedeutung zugeschrieben.

7.4.3.4 Wasser

Mit Realisierung der durch die Bauleitplanung zusätzlich ermöglichten Bauvorhaben, insbesondere mit der Erweiterung der Silagelagerfläche, dem Neubau zweier Gärproduktlager, dem Bau einer Lagerhalle sowie der Aufstellung einer Gas-Aufbereitungsanlage, kommt es zur Überbauung und Versiegelung von Boden. In Folge dessen gehen die Grundwasserneubildungsfunktion sowie die Filterfähigkeit des Bodens im überbauten Bereich vollständig verloren.

Da es sich um die Erweiterung einer bestehenden Anlage handelt, werden die Erweiterungsbauten genau wie die restlichen Anlagenteile an ein Entwässerungssystem angeschlossen, so dass anfallendes sauberes Niederschlagswasser über ein Regenrückhaltebecken versickert werden kann. Anfallendes verunreinigtes Wasser wird in einem Sickersaftschaft gesammelt und der Biogasanlage als flüssiges Medium zugeführt. Das Wasser kann somit im natürlichen Wasserkreislauf gehalten werden.

Trotz der Lage des Plangebietes innerhalb der Wasserschutzzonen IIIB Garßen sowie IIIA Bostel können durch die Erweiterung der bestehenden Biogasanlage keine negativen Auswirkungen auf die betreffenden Wasserschutzzonen erkannt werden. Die Einhaltung der entsprechenden Nutzungsverordnungen wurde bereits im Genehmigungsverfahren der Bestandsanlage abgeprüft.

- ⇒ Nach der Erweiterung der Biogasanlage kommt dem Geltungsbereich in Bezug auf das Schutzgut Grundwasser für die versiegelten Bereiche eine geringe Bedeutung und für die nicht versiegelten Flächen weiterhin eine mittlere Bedeutung zu.

7.4.3.5 Klima / Luft

Das Schutzgut Klima / Luft wird durch die vorliegende Planung nicht beeinträchtigt. Die zusätzlich überbaubare Fläche ist zu klein, um eine Auswirkung auf das Lokalklima zu entwickeln. Das Freilandklimatop wird durch die geplanten Baumaßnahmen nicht erheblich beeinträchtigt.

- ⇒ Im Ergebnis kommt dem betrachteten Gebiet auch nach Durchführung der durch die vorliegende Bauleitplanung ermöglichten Bauvorhaben in Bezug auf das Schutzgut Klima / Luft eine mittlere Bedeutung zu.

7.4.3.6 Landschaftsbild

Da sich die geplante Erweiterung in einer durch die bestehende Anlage bereits deutlich beeinträchtigten Landschaftskulisse befindet, ist hier von keiner zusätzlichen erheblichen Beeinträchtigung des Landschaftsbilds durch die Anlagenerweiterung auszugehen.

- ⇒ Nach der Erweiterung der Biogasanlage kommt dem Geltungsbereich in Bezug auf das Schutzgut Landschaftsbild somit weiterhin eine geringe Bedeutung zu.

7.4.3.7 Biologische Vielfalt

Durch die vorliegende Planung kommt es im Bereich der Biotoptypen Halbruderale Gras- und Staudenflur mittlerer, sowie feuchter Standorte, Ruderalflur frischer bis feuchter Standorte, Strauchhecke sowie Acker zu einer teilweisen Überplanung der bestehenden Biotope. Die im Plangebiet zu erwartenden Arten sind regional häufig. Durch die geplante Überbauung von Biotoptypen ist nicht mit einer negativen Beeinträchtigung der örtlichen biologischen Vielfalt zu rechnen, da es sich bei der Erweiterung um eine verhältnismäßig geringe überplante Fläche handelt. Darüber hinaus stehen in der näheren Umgebung ausreichend große Flächen als weitere Habitate zur Verfügung.

- ⇒ Im Ergebnis kann dem Geltungsbereich der Bauleitplanung in Bezug auf das Schutzgut Biologische Vielfalt nach Durchführung der ermöglichten Bauvorhaben weiterhin eine geringe Bedeutung zugesprochen werden.

7.4.4 Eingriffsbilanz

Die Entscheidung hinsichtlich der Kompensationserheblichkeit einer „Veränderung der Gestaltung oder Nutzung von Grundflächen“ (§ 5 NAGBNatSchG) sowie die Bemessung eines potenziellen Kompensationsumfangs richtet sich nach der „Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung“, herausgegeben vom Niedersächsischen Städte- tag (2008).

7.4.4.1 Zur Ermittlung des Kompensationsbedarfs

Ausgehend von der Annahme, dass es sich bei der Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung um eine „worst-case“ Betrachtung handelt, werden die möglichen Versiegelungen im Bereich der höherwertigen Biotope angesiedelt.

Die Kompensationsmaßnahmen gliedern sich in die Maßnahmen zur bestehenden Biogasanlage, hierfür wurden im Plangebiet Flächen in einer Größenordnung von 1.155 m² vorgesehen (siehe Abbildung 2 im Grünordnungsplan, Anlage 6 zu dieser Begründung), sowie in Maßnahmen für die geplante Erweiterung der Anlage. Die Ausgleichsmaßnahmen für die bestehende Anlage werden zum Großteil überplant. Die Bereiche, die auch nach der Umsetzung der vorliegenden Planung erhalten bleiben, werden durch entsprechende Flächen zum Anpflanzen ergänzt. Diese Ergänzungen werden nicht in die Kompensationsbilanzierung eingestellt, daher ist hier eine doppelte Kompensation ausgeschlossen. Die überplanten Kompensationsmaßnahmen der bestehenden Anlage werden innerhalb der weiteren Ausgleichsmaßnahmen für die Erweiterungsplanung ausgeglichen.

Innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche dürfen noch 8.883 m² zusätzlich versiegelt werden. Geht man davon aus, dass diese ausschließlich im Bereich der 3-wertigen Biotoptypen liegen, kommt es durch die vorliegende Planung zu einem Wertverlust von **26.649 Wertpunkten**. Zusätzlich ist innerhalb des Sondergebiets der Bau einer Anlage zur Regenrückhaltung zulässig. Diese ist im Bereich der heute als Acker genutzten Fläche vorgesehen, hier gehen maximal weitere **1.700 Wertpunkte** durch die Planung verloren. Um die Eingriffe an Natur und Landschaft sowie Boden ausgleichen zu können, muss somit ein Flächenausgleich von insgesamt **28.349 Wertpunkten** (26.649 + 1.700) stattfinden. Um diesen zu erzielen, werden die folgenden Maßnahmen durchgeführt.

7.4.4.2 Kompensationsmaßnahmen

Zur Kompensation der vorliegenden Planung sind unterschiedliche Maßnahmen geplant. Ein Teil der Kompensation wird innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans geleistet, hierfür werden zum Teil bereits bestehende Maßnahmen aus den vorherigen Genehmigungen ergänzt, die Pflanzenauswahl ist an die bereits genehmigten angepasst.

Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen Nr. 1

Auf der bisher überwiegend ackerbaulich genutzten Fläche ist die Pflanzung einer 5,00 m bis 10,00 m breiten Hecke vorgesehen, lediglich im Südwesten besteht auf der Fläche bereits eine Halbruderaler Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte. Zur Entwicklung der Hecke ist die Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen Nr. 1 spätestens in der auf die Inbetriebnahme der Anlagenerweiterung folgenden Pflanzperiode durch den Vorhabenträger mit Gehölzen der nachfolgenden Liste zu bepflanzen: Schlehe (*Prunus spinosa*), Weißdorn (*Crataegus monogyna*), Haselnuss (*Corylus avellana*), Eberesche (*Sorbus aucuparia*), Stieleiche (*Quercus robur*), Bruchweide (*Salix fragilis*), Salweide (*Salix caprea*) und Schwarzerle (*Alnus glutinosa*).

Der Pflanzabstand wird mit 1,5 m x 1,5 m festgesetzt. Laubbaumarten sind in der Qualität Heister, 2 x verpflanzt, Größe 100 - 150 cm, Sträucher in der Qualität 2 x verpflanzt, Größe 80 - 100 cm, zu pflanzen.

Es ist ausschließlich Pflanzgut aus forstlich zertifiziertem Saatgut regionaler Herkunft zu verwenden.

Die angepflanzten Gehölze sind auf Dauer zu erhalten, in ihrem natürlichen Wuchshabitus, insbesondere ohne Rückschnitt zu entwickeln und bei Abgang gleichartig und gleichwertig an ungefähr gleicher Stelle zu ersetzen.

Innerhalb der mit Ziffer 1 gekennzeichneten Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind Wälle mit einer maximalen Höhe von 1,5 m zulässig.

Durch die neu angelegten Heckenstrukturen kann ein Ausgleich für die überplante Hecke geschaffen werden. Diese neuen Hecken bieten dann ebenfalls ein potenzielles Habitat für geschützte Vogelarten, wie den Neuntöter.

Es wird eine Heckenstruktur auf einer Fläche von insgesamt 2.764 m² angelegt. Die Fläche auf der die Heckenstruktur entwickelt wird, verfügt derzeit über einen Flächenwert von 4.380 Wertpunkten. Der Flächenwert setzt sich aus 1.956 m² Acker mit der Wertstufe 1 sowie 808 m² Halbruderale Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte, mit der Wertstufe 3 zusammen (1.956 Wertpunkte + 2.424 Wertpunkte). Nach Abschluss der Pflanzmaßnahmen verfügt die Fläche über einen Flächenwert von 8.292 Wertpunkten. Dies ist eine Steigerung um 3.912 Wertpunkte.

⇒ **Kompensation = 3.912 Wertpunkte**

Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen Nr. 2

Im westlichen und nordwestlichen Bereich des Geltungsbereichs sind ebenfalls Gehölzpflanzungen vorgesehen, die der Eingrünung der Anlage dienen. In diesem Bereich sind bereits aus vorhergehenden Genehmigungsbescheiden Eingrünungen vorgesehen gewesen, diese wurden bisher aber nur in einem geringen Maße umgesetzt. Durch die vorliegende Planung werden die Heckenstrukturen ergänzt und verbreitert, um eine bessere Eingrünung der Anlage zu erzielen.

Die mit Ziffer 2 gekennzeichneten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind spätestens in der auf die Inbetriebnahme der Anlagenerweiterung folgenden Pflanzperiode durch den Vorhabenträger mit Gehölzen der nachfolgenden Liste zu bepflanzen: Schlehe (*Prunus spinosa*), Weißdorn (*Crataegus monogyna*), Haselnuss (*Corylus avellana*) und Eberesche (*Sorbus aucuparia*). In den Flächen an der westlichen Geltungsbereichsgrenze ist zusätzlich zu den genannten Arten die Anpflanzung von Stieleichen (*Quercus robur*) vorzunehmen. Die Eichen sind in einem Abstand von max. 8,00 m untereinander zu setzen.

Der Pflanzabstand wird mit 1,5 m x 1,5 m festgesetzt. Laubbaumarten sind in der Qualität Heister, 2 x verpflanzt, Größe 100 - 150 cm, Sträucher in der Qualität 2 x verpflanzt, Größe 80 - 100 cm, zu pflanzen.

Es ist ausschließlich Pflanzgut aus forstlich zertifiziertem Saatgut regionaler Herkunft zu verwenden.

Sämtliche Anpflanzungen haben unter Berücksichtigung des bestehenden Gehölzbestands zu erfolgen und sind dauerhaft zu erhalten. Die Pflanzen sind in ihrem natürlichen Wuchshabitus, insbesondere ohne Rückschnitt zu entwickeln. Bei natürlichen Abgängen ist eine gleichartige und gleichwertige Nachpflanzung an ungefähr gleichem Standort vorzunehmen.

Innerhalb der mit Ziffer 2 gekennzeichneten Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind Wälle mit einer maximalen Höhe von 1,5 m zulässig

Die Heckenstrukturen erstrecken sich auf einer Fläche von 680 m². Da die bisher vorhandenen Biotope bereits eine Wertigkeit von 3 besitzen, dient die Anpflanzung dem Schutzgut Landschaftsbild sowie den Zielen des Landschaftsplans der Stadt Celle aus dem Jahr 1987, welcher eine Erhöhung des Feldgehölzanteils vorsieht. Eine Aufwertung im Sinne des Kompensationsmodells ist nicht gegeben.

⇒ **Kompensation = 0 Wertpunkte, Aufwertung des Landschaftsbilds**

Externe Kompensation

Der verbleibende Kompensationsbedarf von 24.437 Wertpunkten wird auf einer externen Fläche ausgeglichen. Auf dieser Fläche in der Gemarkung Habighorst, Flur 4, Flurstück 48/1 wurde

bereits der externe Ausgleich für die bestehende Biogasanlage geleistet. Die Fläche liegt etwa 10 km nördlich der Biogasanlage, außerhalb des Celler Stadtgebietes. Das Flurstück verfügt über eine Größe von insgesamt ca. 40 ha, wobei aktuell etwa 30 ha mit einer Kiefernmonokultur bestanden sind. Die Lage der Ausgleichsfläche ist der folgenden Abbildung zu entnehmen.

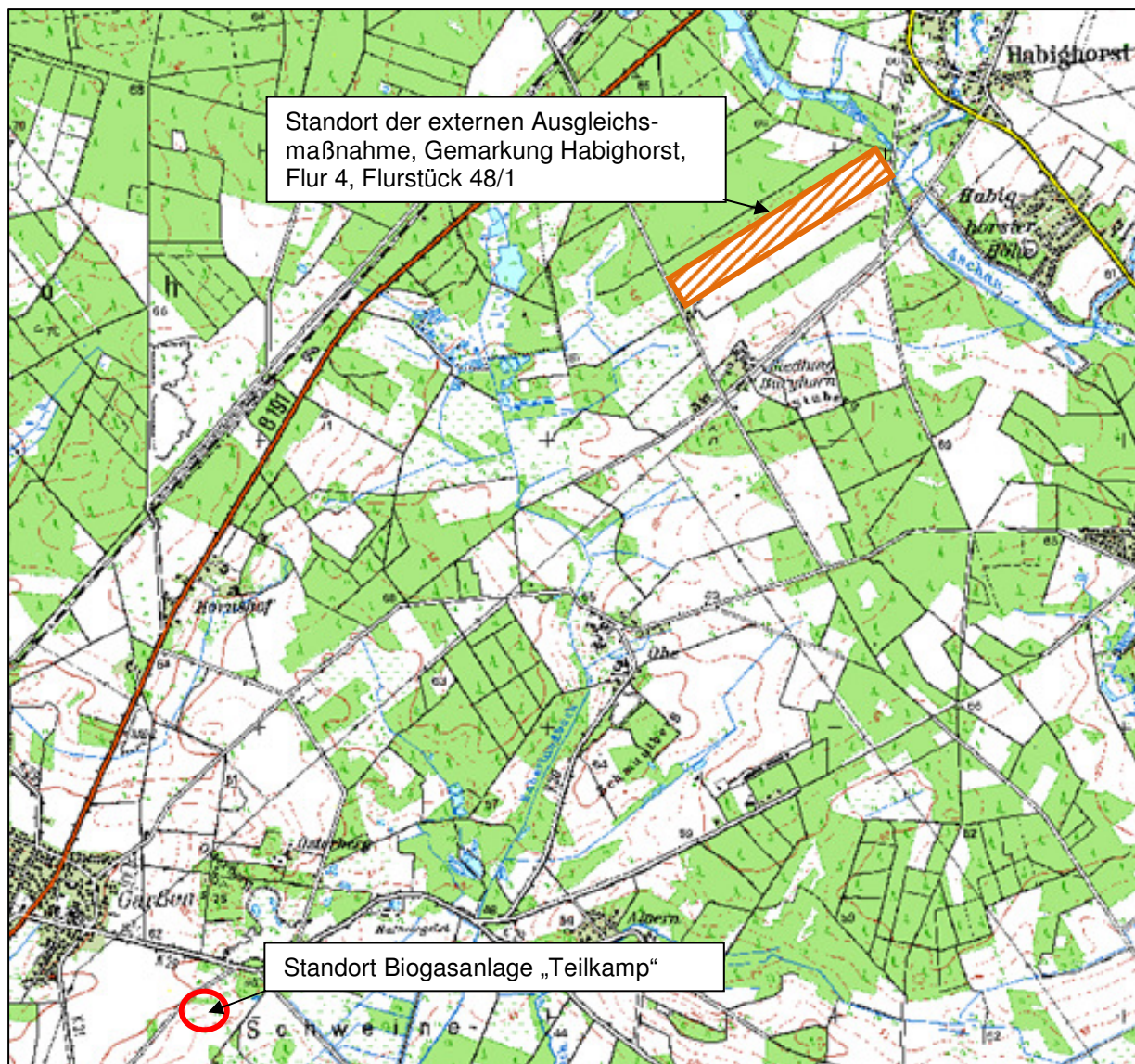


Abb. 2: Übersicht Lage der externen Ausgleichsfläche in Bezug zur Biogasanlage

Zur Kompensation wird die vorhandene Kiefernmonokultur durch Unterpflanzungen zu einem naturnahen Laubmischwald mit einem Laubbaumanteil von mindestens 50 % entwickelt. Hierzu ist die Fällung einzelner Kiefern notwendig. In Anlehnung an bereits durchgeführte Ausgleichsmaßnahmen werden zur Unterpflanzung Stieleichen (*Quercus robur*) und Rotbuchen (*Fagus sylvatica*) verwendet.

Die Pflanzmaßnahmen sind in derjenigen Pflanzperiode, die dem Inkrafttreten des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 15 nachfolgt, durch den Vorhabenträger durchzuführen. Abgänge von neu gepflanzten Laubbäumen sind an ungefähr gleicher Stelle in gleicher Qualität nachzupflanzen. Die Pflanzungen sind vor Verbiss zu schützen.

Für die Kompensation werden 24.437 m² Kiefernmonokultur (Wertstufe 2) zu einem naturnahen Laubmischwald mit einem Laubbaumanteil von mindestens 50 % entwickelt. Der Laubmischwald verfügt entsprechend dem Kompensationsmodell über die Wertstufe 5, da die Entwicklung eines Laubwalds allerdings mehrere Jahre in Anspruch nimmt, wird lediglich eine Wertigkeit von 3 in die Berechnung eingestellt. Der Flächenwert der umzuwandelnden Kiefernmonokultur be-

trägt 48.874, der Flächenwert nach Abschluss der Maßnahme 73.311 Wertpunkte. Mit den geplanten Maßnahmen kann somit eine Aufwertung von 24.437 Wertpunkten erzielt werden.

Da die externe Kompensationsfläche außerhalb des Gebiets der Stadt Celle liegt, kann diese infolgedessen nicht im Vorhabenbezogenen Bebauungsplan festgesetzt werden. Die Sicherung und Umsetzung der externen Kompensationsmaßnahme erfolgt daher im Rahmen des Durchführungsvertrags zu diesem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan zwischen Vorhabenträger und der Stadt Celle.

Tab. 6: Zusammenfassung der Kompensationsmaßnahmen

Maßnahme	Fläche in m²	Wertfaktor vorher	Flächenwert vorher	Wertfaktor naher	Flächenwert naher	Aufwertung
Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern Nr. 1	2.764	1-3	4.380	3	8.292	3.912
Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern Nr. 2	680	3	2.040	3	2.040	0
Externe Kompensation	24.437	2	48.874	3	73.311	24.437
Summe						28.349

Sollte sich weiterer Kompensationsbedarf ergeben, stehen auf der externen Fläche (Gemarkung Habighorst, Flur 4 Flurstück 48/1) weitere Flächen in einer Größenordnung von ca. 25 ha zur Verfügung.

7.5 Alternative Planungsmöglichkeiten

Eine Alternativplanung ist im vorliegenden Fall nicht zielführend, da es sich bei dem Vorhaben um die Leistungssteigerung einer bestehenden Biogasanlage handelt, die somit ausschließlich am bestehenden Standort durchführbar ist.

7.6 Beschreibung der Umweltprüfung

Zur Bestandsaufnahme der Biotoptypen wurde der Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen (Drachenfels 2004) verwendet.

Zur Betrachtung des Besonderen Artenschutzes wurde eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (SaP) durchgeführt (vgl. Anlage 7). Zusätzlich wurde im Oktober 2010 eine „Erfassung der Biotoptypen, Brutvogel- und Fledermausvorkommen und Bewertung der Fläche für die erfassten Artengruppen sowie des besonderen Artenschutzes im Bereich des VBB Celle Nr. 15“ durch Herrn von Barga erstellt (vgl. Anlage 8).

Hinsichtlich der Schutzgüter Boden, Wasser, Klima, Luft, Landschaftsbild und Biologische Vielfalt wurde auf allgemein zugängliche Planwerke, insbesondere den in Aufstellung befindlichen Landschaftsrahmenplan der Stadt Celle und die Daten des Landschaftsplans der Stadt Celle zurückgegriffen.

Vor dem Hintergrund, dass lediglich allgemein weit verbreitete und überwiegend intensiv genutzte Biotoptypen erfasst wurden, wird davon ausgegangen, dass die derzeitige Situation von Natur und Landschaft ausreichend dargestellt und bewertet werden kann.

Die Bewertung des derzeitigen Zustands und die Ermittlung der möglichen erheblichen Beeinträchtigungen richten sich nach der „Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung“, herausgegeben vom Niedersächsischen Städtetag (2008).

7.7 Monitoring

Die Überwachung der Plan-Umsetzung, betreffend die erheblichen Umweltauswirkungen entsprechend den Anforderungen des § 4c BauGB, erfolgt durch den Vorhabenträger und wird im Durchführungsvertrag zu diesem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan geregelt.

Zu diesem Zwecke erfolgt nach der Pflanzperiode zu Beginn der Erschließungs-/Hochbaumaßnahme auf Kosten des Vorhabenträgers durch fachlich geeignete Dritte eine Begehung (Durchführungskontrolle). Das Anwachsen der Gehölze innerhalb der Anwachsgarantie (3 Jahre) wird kontrolliert. Sollten keine unvorhergesehenen nachteiligen Auswirkungen festgestellt werden, so sind weitere Begehungen lediglich bedarfsorientiert durchzuführen.

Zusätzlich wird in Bezug auf zum Zeitpunkt der Planaufstellung nicht absehbare erhebliche Auswirkungen auf die bestehenden Überwachungssysteme der Fachbehörden und deren Informationsverpflichtung nach § 4 Abs. 3 BauGB zurückgegriffen.

7.8 Zusammenfassung

Mit der vorliegenden Bauleitplanung, dem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 15, soll in Kombination mit der parallel erfolgenden 80. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle die Erweiterung der Biogasanlage Teilkamp ermöglicht werden.

Die Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB hat ergeben, dass die vorliegende Planung erhebliche Beeinträchtigungen der Schutzgüter Boden sowie Pflanzen und Tiere zur Folge hat, diese aber durch die geplanten Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden können.

Die zusätzlich geplanten baulichen Anlagen führen nicht zu einer weiteren Beeinträchtigung des Landschaftsbilds. Dennoch werden an der westlichen, der nördlichen, der östlichen und der südlichen Grenze des Geltungsbereichs Eingrünungsmaßnahmen geplant, um das Schutzgut Landschaftsbild zusätzlich aufzuwerten.

Durch die vorgesehene Eingrünung der Anlage im nördlichen, östlichen und südlichen Bereich kann zudem ein Teil der benötigten Kompensation abgeleistet werden. Der restliche Kompensationsbedarf wird auf der externen Fläche Gemarkung Habighorst, Flur 4, Flurstück 48/1 in Form einer Waldumwandlung geleistet.

Nach Durchführung der Kompensationsmaßnahme gelten die erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter Boden sowie Pflanzen und Tiere als vollständig ausgeglichen.

Sollte sich entgegen der derzeitigen Berechnungen ein weiterer Kompensationsbedarf ergeben, so kann dieser ebenfalls auf der externen Fläche abgeleistet werden.

8 Auswirkungen der Planung

8.1 Auswirkungen auf den Verkehr

Dieser Belang wird durch die Produktionssteigerung und den damit verbundenen benötigten größeren Substratmengen tangiert sein. Da jedoch in der Umgebung kein übermäßiger Verkehrsfluss besteht und im Rahmen des Durchführungsvertrages Maßnahmen zum Straßenerhalt (Seitenräume) vorgesehen sind, sind negative Auswirkungen nicht zu erwarten.

8.2 Folgekosten für Privatleute

Die beschriebenen Anlagenerweiterungen, Neu- und Umbaumaßnahmen sowie sämtliche sich direkt aus der Planung ergebenden Kosten werden durch den Vorhabenträger getragen. Weitere Folgekosten für Dritte sind nicht zu erwarten.

9 Kosten und Finanzierung

9.1 Der Stadt entstehende Kosten

Für die Stadt Celle werden durch die vorliegende Planung keinerlei Kosten entstehen. Weitergehende Kosten werden vom Vorhabenträger übernommen, genaueres regelt der Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan.

9.2 Art der Finanzierung

Die Finanzierung der beschriebenen Vorhaben wird durch den Vorhabenträger ggf. im Rahmen einer Kreditaufnahme sichergestellt.

10 Realisierung

Vor Satzungsbeschluss über diesen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan wird zwischen Vorhabenträger und der Stadt Celle ein Durchführungsvertrag gemäß § 12 Abs. 1 BauGB geschlossen, der insbesondere Regelungen der Kostenübernahme zum Gegenstand hat.

Die Leistungssteigerung der Biogasanlage soll zeitnah nach der Rechtswirksamkeit des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans umgesetzt werden.

11 Verfahren

Der Rat der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 17.12.2009 die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 15 der Stadt Celle „Erweiterung der Biogasanlage Teilkamp“ gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 03.07.2010 ortsüblich bekanntgemacht.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB hat vom 13.07.2010 bis zum 27.07.2010, die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vom 13.07.2010 (Datum des Absendens der Stellungnahmeaufforderungen) bis zum 27.07.2010 stattgefunden.

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 30.11.2010 dem vom Planungsbüro instara, Bremen, angefertigten Entwurf zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 15 vom 05.11.2010 und der zugehörigen Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Der Beschluss über die öffentliche Auslegung sowie deren Ort und Dauer wurden am 04.12.2010 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 15 und die zugehörige Begründung einschließlich umweltbezogener Gutachten haben in der Zeit vom 13.12.2010 bis zum 21.01.2011 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Parallel dazu wurde die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 10.12.2010 (Datum des Absendens der Stellungnahmeaufforderungen) bis zum 21.01.2011 durchgeführt.

Der Ortsrat Altenhagen gemeinsam mit Bostel und Lachtehausen ist gemäß § 55g Abs. 3 Nr. 2 NGO in seiner Sitzung am 16.02.2011 bezüglich dieses Bauleitplanverfahrens angehört worden. Es wurden keine Bedenken geäußert.

Der Rat der Stadt Celle hat den Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 15 nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 12.05.2011 als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB sowie die zugehörige Begründung beschlossen.

12 Rechtsgrundlagen

Es gilt das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), das durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) geändert wurde.

Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), die zuletzt am 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) geändert wurde.

Es gilt die Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) in der Fassung vom 18. Dezember 1990 (BGBl.1991 I S. 58).

Aufgestellt:

instara
Institut für Stadt- und Raumplanung
Prof. Dr. Hautau & Renneke GmbH
Vahrer Straße 180 28309 Bremen

Bremen, den 08.03.2011 / 16.05.2011

gez. D. Renneke

Anlage 1 – Städtebauliche Kenndaten und Flächenbilanz

Flächengrößen nach Nutzungsart

Fläche „Sondergebiet Biogasanlage“	26.033 m ²
------------------------------------	-----------------------

<i>darin enthaltene „Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen“ Nr. 1</i>	<i>2.764 m²</i>
---	----------------------------

<i>darin enthaltene „Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen“ Nr. 2</i>	<i>680 m²</i>
---	--------------------------

<i>darin enthaltenes Regenrückhaltebecken</i>	<i>1.772 m²</i>
---	----------------------------

Fläche „Wald“	7.812 m ²
---------------	----------------------

Gesamtfläche Geltungsbereich	33.909 m²
-------------------------------------	-----------------------------

zur **PLANURKUNDE** gehörig
Stadtentwicklungsplanung

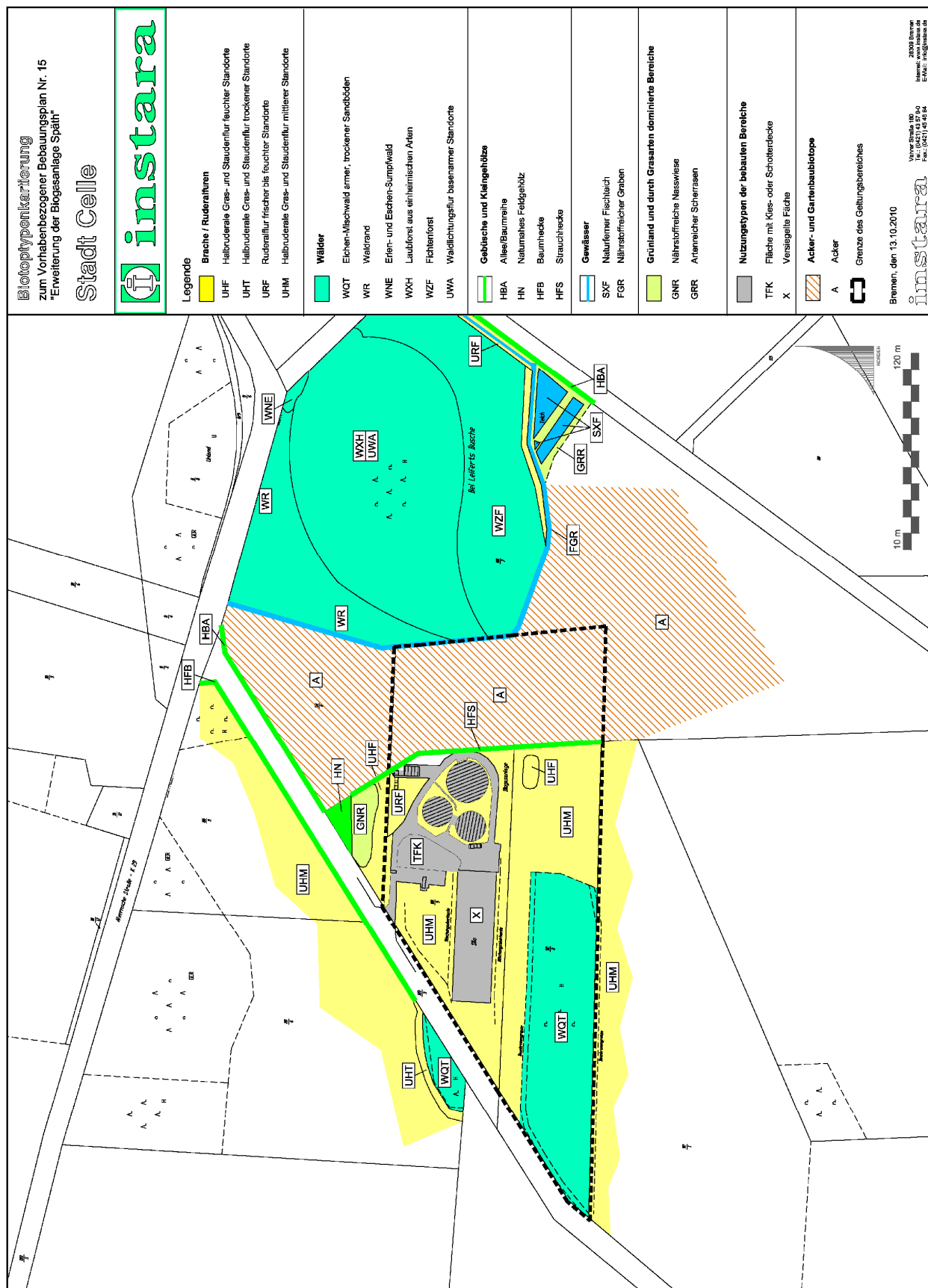
Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 15 der Stadt Celle „Erweiterung der Biogasanlage Teilkamp“
Begründung zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan
Bearbeitung: instara – Institut für Stadt- und Raumplanung Prof. Dr. Hautau & Renneke GmbH

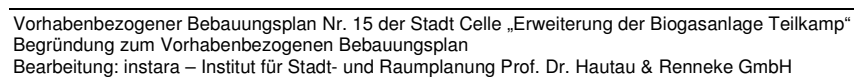
Bearbeitung: instara – Institut für Stadt- und Raumplanung Prof. Dr. Hautau & Renneke GmbH

Anlage 3 – Vorhabenbeschreibung

Anlage 4 – Biotoptypenkarte

zur **PLANURKUNDE** gehörig
Stadtentwicklungsplanung





Anlage 6 – Grünordnungsplan

Anlage 7 – Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (SaP)

Anlage 8 – Erfassung der Biotoptypen, Brutvogel- und Fledermausvorkommen und Bewertung der Bedeutung der Fläche für die erfassten Artengruppen sowie des besonderen Artenschutzes im Bereich des VBB Celle Nr. 15 „Erweiterung der Biogasanlage Teilkamp“, Stadt Celle